

04.05



EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie
Neue Pfründe statt Agrarwende?
Besserer Klimaschutz nach 2012?
Integriertes Küstenzonenmanagement**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene
Jahrgang 14 (2005), Heft 04

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Redaktion

DNR Geschäftsstelle Berlin/

EU-Koordination und Internationales

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,
10405 Berlin

Juliane Grüning (jg), Nika Greger (ng),
Bjela Vossen (bv), Thomas Frischmuth
(tf), Daniel Unsöld (du), Kerstin Sulzberg
(ks), Matthias Bauer (mb)

Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80

eMail: juliane.gruening@dnr.de

Internet: www.dnr.de/eur

www.eu-koordination.de

DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)

eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de

Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin

Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind willkommen. Die Redaktion muss sich Kürzung und redaktionelle Bearbeitung von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Redaktionsschluss ist jeweils der 15. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Einzelne Artikel können nachgedruckt werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Künftiges EU-Klimaziel kann nur halb zufrieden stellen

Liebe Leserinnen und Leser,

auf ihrem Frühjahrsrat in Brüssel haben sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf ein Klimaschutzziel für die Zeit nach 2012 geeinigt. Danach sollen Industrieländer ihre CO₂-Emission bis 2020 um 15 bis 30 Prozent reduzieren im Vergleich zum Basisjahr 1990.

Zwar zeigten sich europäische Umweltverbände erfreut darüber, dass zumindest ein Ziel für das Jahr 2020 gesetzt wurde. Als verpasste Chance sehen sie jedoch an, dass die Staats- und Regierungschefs nicht der Empfehlung ihrer Umweltminister folgten, die die Emissionen um weitere 60 bis 80 Prozent bis 2050 senken wollen. Vor allem die zögerliche Haltung der rot-grünen Bundesregierung, verbunden mit der Weigerung Gerhard Schröders einem verbindlichen Ziel bis 2050 zuzustimmen, sorgte für Verärgerung.

Auch mit Blick auf die nächste Runde der internationalen Klimaverhandlungen im Herbst in Kanada hätte die EU einiges mehr vorlegen können und müssen, nämlich einen Einstieg in die Nach-Kioto-Verhandlungen mit einem langfristigen, verbindlichen Ziel - um damit ihrer globalen Vorreiterrolle gerecht zu werden.

Nun dürfen wir gespannt sein, was die nächsten Wochen und Monate beim europäischen Klimaschutz bringen werden. Vor allem in den Mitgliedstaaten ist nun Bewegung gefragt, denn noch sind die Kioto-Ziele nicht in trocknen Tüchern, von den eben beschlossenen Zielen bis 2020 ganz zu schweigen.

Schlüsselentscheidungen auf der EU-Ebene betreffen vor allem eine Stärkung der Gesetzgebung im Bereich der Energieeffizienz, eine deutliche Steigerung des Anteils erneuerbarer Energie (vor allem Wind und Biomasse) auf 25 Prozent bis 2020 sowie eine Stärkung des EU-Emissionshandels.

Dazu kommt, dass EU-weit und auch in Deutschland in den nächsten Jahren eine erneute Schlacht um die Zukunft der Atomenergie geschlagen werden muss. Immer wieder wird - auch in Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie - von Wirtschaftsvertretern und gleichgesinnten Politikern die besondere Rolle der Atom-

technologie als einer innovativen und zukunftsweisenden Branche genannt, deren Aufgabe sich Deutschland und die EU auf keinen Fall leisten könnten, wolle man weiter international wettbewerbsfähig bleiben. Als vermeintlich sauberer Weg zur Energieproduktion soll mit der Atomkraft aktiver Klimaschutz betrieben werden.

Dabei führt Atomenergie ebenso in eine Sackgasse wie die Weiternutzung der begrenzt vorhandenen fossilen Brennstoffe, denn auch Uran ist ein knapper Rohstoff und mit neuen technologischen Entwicklungen ist es bisher nicht gelungen, die begrenzten Reserven zu verlängern. Zudem deckt Atomstrom nicht einmal drei Prozent des weltweiten Energieverbrauchs. Ganz zu schweigen vom Risiko atomarer Unfälle und dem ungelösten Entsorgungsproblem. Statt richtungsweisender Zukunftstechnologie, von der einige zu träumen scheinen, handelt es sich doch vielleicht eher um eine Auslaufmodell wachstumsverwöhnter Wirtschaftslobbyisten.

Mehr zum Thema EU-Frühjahrsrat und Klimaschutz finden Sie unter der Rubrik EU-Politik sowie auf unserer Internetseite www.eu-koordination.de

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Nika Greger
DNR, Leiterin EU-Koordination und Internationales

2 Impressum

3 Editorial

- Post-Kioto-Ziele sind nicht genug

6 Global

- Welthandels-Kampagne
- Neuer Weltbank-Präsident
- Mega-Staudamm in Laos

7 EU-Politik, Recht

- Europäischer Rat 22./23.3.: Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie
- Entwicklungshilfe: Schwerpunkt Afrika
- Umweltministerrat 10.3.: Post-Kioto, Wildvogelimport, Lissabon-Strategie
- Spanien: Verfassungsreferendum
- Bürokratieabbau = mehr Wachstum?
- Europäische Nachbarschaftspolitik

11 Abfall, Produktpolitik

- Keine Fortschritte: Schiffsabwrackung
- Industrie: Mehr Bio-Kunststoffe
- Bessere Kontrolle: Abfallexport

13 Agrarpolitik, Gentechnik

- Agrarministerrat 28.2. und 14.3.: 2. Säule; Krisenmanagement
- Mehr Öko-Importe erwartet
- Agrarreform: Flächen liegen brach
- Ökolandbau bekämpft Armut
- Zuckermarktreform Thema Nr. 1

- Monsanto verliert EU-Weizen-Patent
- Halb Polen gentechnikfreie Zone

17 Chemikalien, Emissionen

- Pestizid-Richtlinie: Konsultation
- REACH-Änderungen vorgelegt
- Luftverschmutzung: Früherer Tod
- EU-Befragung zur Luftqualität
- Grünes Licht für Göteborg-Protokoll
- Streit um Schwefel-Grenzwerte

20 Energie, Klima

- Umweltministerrat 10.3.: Besserer Klimaschutz nach 2012?
- US-deutsches Klimaschutz-Programm
- Emissionshandel kommt voran
- Wohin mit dem Automüll?
- Finnland: Illegale AKW-Finanzierung?

23 Naturschutz, Artenschutz

- Natura 2000 unterfinanziert
- EU-Aktionsplan Wald angekündigt
- Griechische Naturschutzpolitik lahmt
- Spanien: Giftköder bedrohen Arten

25 Verkehr, Tourismus

- Konsultation zum Luftverkehr
- Konsultation: 10-Jahres-Plan Auto
- EU-Verkehrspolitik: Nicht nachhaltig
- Stiefkind Verkehrssicherheit
- Wachsender Flugverkehr: Protest

- EU-Kreditgarantie für Straßenbau?
- Eisenbahnpaket: EuGH-Urteil ignoriert
- Beihilferegelung für Kombiverkehr

28 Wasser, Meere

- Protest gegen Grundwasserrichtlinie
- Beschluss zum Elbe-Schutz
- Flussökosysteme untersucht
- Konsultation: Meeresschutz
- Meeresverschmutzung: Sanktionen
- Ökosystem Ostsee zerstört
- Küstenmanagement in Entwicklung
- Keine Großtanker in der Ostsee
- Neue Fischereivorschriften

32 Service

- Veröffentlichungen, Beteiligungsmöglichkeiten, Termine, Informationsquellen

Sonderteil

- EUR-Sonderteil: Access and Benefit Sharing (separate Heftung)

Aktionswoche für globale Gerechtigkeit

8.-16. April: Welthandelskampagne fordert "Gerechtigkeit jetzt!"

Gerechtigkeit im Welthandel ist in weiter Ferne. Noch immer bestimmen die Interessen der reichen und mächtigen Staaten die Welthandelspolitik und lassen vor allem den wirtschaftlich schwachen Ländern wenig Spielraum. Menschenrechte und Umweltschutz finden kaum Beachtung.

Damit sich das ändert, ruft ein breites Bündnis von Organisationen unter dem Dach der Welthandelskampagne "Gerechtigkeit jetzt!" zur Teilnahme an der "Aktionswoche für globale Gerechtigkeit vom 8.-16. April auf.

Die Kampagne fordert die Umkehr der vorherrschenden neoliberalen Handelspolitik und eine gerechte Welthandelstruktur im Interesse der Verwirklichung der Menschenrechte und der Armutsbekämpfung.

Zentrales Element der Kampagne in Deutschland ist eine Ansichtskartenaktion an Bundesminister Wolfgang Clement.

Gerechtigkeit jetzt! und zahlreiche weitere handelspolitische Organisationen haben im November 2003 die Idee einer "Global Week of Action" entwickelt. Unter dem Motto "Setting the Peoples' Agenda" finden im April 2005 in zahlreichen Ländern Aktionen statt, mit denen sich Menschen für einen gerechten Welthandel einsetzen. (ng) ■

• Weitere Informationen:

Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228-3681010, Fax -92399356
eMail: info@gerechtigkeit-jetzt.de
www.gerechtigkeit-jetzt.de

Global Week of Action
eMail: mail@april2005.org
www.april2005.org

Bush nominiert Wolfowitz als Weltbank-Präsident

Weltweite Proteste gegen neokonservativen US-Hardliner

Die Nominierung US-amerikanischen Hardliners und Neokonservativen Paul Wolfowitz zum Präsidenten der Weltbank hat für breiten Protest sorgot.

So kritisierte die Nichtregierungsorganisation WEED, Wolfowitz genüge in keiner Weise den Anforderungen an dieses Amt, da er weder entwicklungspolitische Erfahrung noch internationale Glaubwürdigkeit bei der Armutsbekämpfung oder die Fähigkeit besitze, internationale Konsensvereinbarungen zu erreichen. Vielmehr stehe er für aggressiven Unilateralismus und die rücksichtslose Durchsetzung geostrategischer Interessen der USA.

In diesem Zusammenhang kritisierten mehrere Gruppen das seit 1944 gültige Verfahren, nach dem die USA den Präsidenten der Weltbank und die Europäer den des IWF stellen, da über solch wichtige Positionen nicht mehr nur von einer Regierung oder einem Teil der Welt entschieden werden könne. So hat es im Vorfeld der Nominierung durch US-Präsident George W. Bush weder eine internationale Diskussion über die Kriterien für einen geeigneten Kandidaten gegeben noch steht ein Alternativkandidaten zur Wahl bereit.

WEED erwartet nun von der Bundesregierung, dass diese sich klar gegen die Nominierung von Wolfowitz ausspricht und sich für ein neues, demokratisches Nominierungsverfahren einsetzt. (ng) ■

• Weitere Informationen:

WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, Daniela Setton, Torstr. 154, 10115 Berlin
Tel. 030 / 27596-643
mobil: 0179 / 7102094
eMail: daniela.setton@weed-online.org
www.weed-online.org

Keine Unterstützung für Staudamm in Laos

153 Nichtregierungsorganisationen aus 42 Ländern haben sich an Weltbankpräsident Wolfensohn gewandt, um die Unterstützung der Bank für einen umstrittenen Großstaudamm in Laos zu verhindern. Den Appell haben auch zahlreiche deutsche Organisationen unterzeichnet. Sie wenden sich damit auch an Entwicklungsmministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, die für die deutsche Entscheidung in der Weltbank verantwortlich ist.

Von der laotischen Regierung, die autoritär sei und für Korruption und Missmanagement stehe, sei kaum zu erwarten, dass der Nam-Theun-2-Staudamm armutsreduzierend und entwicklungsfördernd wirken könne, erklärte die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald.

Bisher ist das deutsche Entwicklungsmministerium dafür eingetreten, nur solche Staudämme zu unterstützen, die tatsächlich für die Bevölkerung vor Ort von Nutzen sind. Damit müsste die deutsche Regierung in der Weltbank gegen das Projekt stimmen, so die beteiligten Verbände. Die Entscheidung im Weltbankverwaltungsrat wird Anfang April getroffen.

Der 48 Meter hohe Staudamm soll in Zentrallaos am Theun gebaut werden, einem Nebenfluss des Mekong. Wichtigster Bauherr ist der Stromkonzern Electricité de France. Die Kosten für das Wasserkraftwerk werden auf 1,3 Milliarden US-Dollar veranschlagt. Der Staudamm wird laut Urgewald über 6.000 Menschen vertreiben und die Lebensgrundlage von bis zu 120.000 Menschen zerstören.

Die produzierte Energie soll an Thailand verkauft werden und die laotischen Staatseinnahmen steigern. (ng) ■

• Weitere Informationen:

Regine Richter, urgewald, Berlin
Tel. 030 / 443391-69, Fax -33
eMail: regine@urgewald.de

Ulrike Bey, Asienhaus, Essen
eMail: ulrike.bey@asienhaus.de
Tel. 0201 / 8303825

Europäischer Rat am 22. und 23. März

Staats- und Regierungschefs zogen Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie

Auf dem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs am 22. und 23.

März stand vor allem die Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie auf der Tagesordnung. Damit verbunden war am Rande auch die Frage nach der Zukunft einer nachhaltigen Entwicklung in der EU.

Ein weiteres großes Paket - die Reform des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts - hatten die europäischen Finanzminister bereits auf ihrem Treffen vor dem EU-Gipfel aus dem Weg geräumt. Danach haben Staaten, die den Pakt verletzen - wie derzeit Deutschland und Frankreich - künftig bis zu fünf Jahre Zeit ihre Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, ohne mit Strafmaßnahmen rechnen zu müssen. Vorher waren es lediglich zwei Jahre.

Der deutsche Finanzminister Hans Eichel konnte sich außerdem mit seiner Forderung durchsetzen, nach der bei der Bewertung der Schwere des Verstoßes gegen den Pakt auch die Kosten der deutschen Wiedervereinigung und die EU-Nettozahlungen berücksichtigt werden. Vage formuliert, darf allerdings auch bei Überschreitung der Kriterien des Pakts das Staatsdefizit nur wenig über drei Prozent liegen, und dies auch nur für kurze Zeit.

Neben dem Stabilitätspakt haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf dem Frühjahrsrat aber vor allem mit (fehlendem) wirtschaftlichen Wachstum und der Schaffung neuer Arbeitsplätze bei der Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie beschäftigt.

Europa weit von Lissabon-Zielen entfernt

Fünf Jahre nach der Verabschiedung sind nicht nur einzelne Mitgliedstaaten, sondern die EU als Ganzes weit von den 2000 beschlossenen Zielen entfernt. EU-Kommissionspräsident Barroso hat nun - unterstützt von den Staats- und Regierungschefs, die eine Mitschuld am Scheitern bei der Erreichung der Lissabon-Ziele einräumten - angekündigt, in kleineren Schritten vorzugehen: bis 2010 soll das Wachstum in Europa um drei Prozent angekurbelt werden, parallel sollen mehr als sechs Millionen Arbeitsplätze entstehen.

Die EU müsse die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung zu ihr höchsten Priorität machen, allerdings unter Beachtung des europäischen Sozialmodells sowie des Umwelt- und Verbraucherschutzes, so Barroso auf dem Gipfel.

Um das zu erreichen, soll der Schwerpunkt bei der Umsetzung in den nächsten fünf Jahren vor allem bei den Mitgliedstaaten liegen. Nationale Reformprogramme sollen erstellt und der EU-Kommission einmal pro Jahr Bericht über erzielte Fortschritte erstattet werden. Dabei sollen die Bereiche Forschung, Bildung und Innovation prioritär behandelt werden und die Mitgliedstaaten drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in diese Bereiche investieren.

Kritik an Wachstumsdoktrin und fehlender Nachhaltigkeit

Was die nachhaltige Entwicklung und die gleichnamige EU-Strategie angeht, so werden sich die EU-Mitgliedstaaten damit auseinander setzen müssen, wie die in der Strategie formulierten Ziele in der Zukunft konkrete Gestalt annehmen können. Die Kommission hatten in einem ersten Bericht kritisiert, dass sowohl bei der Integration von nachhaltiger Entwicklung in alle Politikbereiche als auch bei konkreten Maßnahmen wie dem Erhalt der biologischen Vielfalt oder der Verbesserung der Energieeffizienz noch einiges getan werden müsse, um den formulierten Zielen genüge zu tun.

Umweltverbände hatten im Vorfeld kritisiert, dass die Politik gegenwärtig nur eine Antwort zu kennen scheine: die ausschließliche Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum. Sie forderten die Staats- und Regierungschefs auf, bei der Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie die Chance einer Neu-Ausrichtung der gegenwärtig ausschließlich wettbewerbsorientierte Strategie nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Ohne eine starke und integrierte Umwelt- und Sozialpolitik könne es über kurz oder lang auch keine wirtschaftliche Entwicklung geben, so die Verbände weiter. (ng) ■

• Weitere Informationen:

Rat der Europäischen Union, Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel
Tel. 0032 2 / 285-6211, Fax -7381
Vorläufige Agenda der Präsidentschaft (6316/05)

EU-Kommission begrüßt G8-Verpflichtung

Afrika und Entwicklungspolitik soll Schwerpunkt werden

Das für Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe zuständige Kommissionsmitglied Louis Michel hat die klare Verpflichtung der G8-Staaten begrüßt, nach der zukünftig die afrikanischen Staaten stärker in ihren Entwicklungsprozessen unterstützt werden sollen.

Dabei geht es vor allem um bessere Handelsbeziehungen und Möglichkeiten für afrikanische Staaten, um das Wachstum anzukurbeln.

Im April will Kommissar Michel eine Reihe von eigenen Vorschlägen vorlegen, wie die künftige EU-Entwicklungspolitik aussehen soll. Während einer Rede vor der französischen Nationalversammlung am 3. März hat Michel bereits für eine "europäische Entwicklungsstrategie" geworben, in der er unter anderem ein ehrgeiziges Zwischenziel für die öffentliche Entwicklungshilfe festlegen und die Koordinierung und Effizienz dieser Hilfe verbessern möchte.

Weiterhin soll sich die EU zusätzlich zu der von ihr in Monterrey eingegangenen Verpflichtung, bis zum Jahr 2015 für die öffentliche Entwicklungshilfe 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts bereit zu stellen, ein Zwischenziel von 0,51 % für das Jahr 2010 (0,17 % für die zehn neuen Mitgliedstaaten) setzen, um ihre Zusagen einhalten zu können.

Michel kritisierte, in der Entwicklungshilfe seien schon viele Zusagen gemacht worden, die nie eingehalten wurden. Er rief vor allem die OECD-Länder auf, mit Blick auf den UN-Sondergipfel über die Millenniumsziele im kommenden September "konkrete, realistische und befristete" Ziele festzulegen. (ng) ■

• Weitere Informationen:

www.europa.eu.int/rapid
Reference IP/05/252 und IP/05/342

Umweltministerrat am 10. März

Umweltminister einigen sich auf Post-2012-Klimagas-Reduktionsziel

Die EU-Umweltminister haben sich auf ihrem Treffen am 10. März in Brüssel auf ehrgeizige Klimaschutzziele für die Zeit nach dem Auslaufen des Kioto-Protokolls im Jahr 2012 verständigt (siehe S. 19). Die Ziele bleiben aber vorerst unverbindlich. Im Text heißt es: "Die Industrieländer [sollen] Reduzierungen in der Größenordnung von 15 bis 30 Prozent bis 2020 und 60 bis 80 Prozent bis 2050 [...] in Erwägung ziehen". Die Minister wollen die Vorgaben zunächst möglichst flexibel handhaben und versuchen andere große Verschmutzer wie die USA in eine Klimaschutzstrategie einzubinden. Über die Leitlinien für eine Klimaschutzstrategie ab 2012 wollten auch die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel am 22. und 23. März beraten (siehe S. 3).

Neben der Klimaschutzstrategie diskutierten die Minister unter anderen die Dienstleistungsrichtlinie, ein mögliches Importverbot von Wildvögeln sowie die Lissabon-Strategie.

Dienstleistungsrichtlinie bedroht Umweltschutzregulierungen

Die Dienstleistungsrichtlinie wurde auf dem Umweltrat in Bezug auf ihre Umweltverträglichkeit behandelt. Nach der Auffassung einiger Minister besteht die Gefahr, dass die Liberalisierung von Dienstleistungen Umweltstandards untergräbt. Der deutsche Umweltminister Trittin hat daher mit Unterstützung von Österreich, Belgien, Frankreich und Schweden dem Rat eine Liste mit potenziellen Umweltproblemen vorgelegt.

Die Dienstleistungsrichtlinie wird bereits seit letztem Sommer diskutiert. Umweltbelange standen aber bisher nicht auf der Tagesordnung. Die Richtlinie wurde bislang in erster Linie von der politischen Linken sowie den Gewerkschaften kritisiert. Laut der Richtlinie soll bis 2010 ein gemeinschaftlicher europäischer Markt für Dienstleistungen geschaffen werden. Davon betroffen sind zum Beispiel der Einzelhandel, das Gesundheitssystem, das Baugewerbe, die Abfallentsorgung, die Freizeitindustrie sowie Informationsdienste. Ein wesentliches Element der Richtlinie ist das Herkunftslandsprinzip, nach dem Dienstleister in anderen Ländern unter

den Bedingungen ihres Heimatlandes handeln können. Außerdem sollen für solche Unternehmen viele nationale Autorisierungs- und Lizenzierungsanforderungen nicht gelten.

Das deutsche Papier fordert nun, dass bestimmte Bestimmungen und Bedingungen nicht aufgehoben werden. Außerdem soll die Abfallentsorgung sowie die Gesundheitsvorsorge vom Herkunftslandprinzip ausgeschlossen werden. Der Strahlenschutz soll vollständig von der Richtlinie ausgenommen werden.

Importverbot von Wildvögeln diskutiert

Die Umweltminister diskutierten außerdem ein mögliches Importverbot für Wildvögel wie Papageien und Prachtfinken. Der belgische Umweltminister hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht. Die EU ist mit Abstand der größte Abnehmer so genannter Ziervögel. Jährlich importiert sie mehr als eine Millionen Tiere. Selbst unter Artenschutz stehende Tiere wie Papageien können in der EU frei verkauft werden. In den USA ist der Handel mit Ziervögeln dagegen bereits seit 12 Jahren weitgehend verboten. Auch Kanada und Australien haben einen Importstopp verhängt.

Lissabon-Strategie soll Umweltbelange berücksichtigen

Der Ministerrat einigte sich außerdem auf eine Resolution zur Lissabon-Strategie. Die Minister äußerten Bedauern darüber, dass Umweltbelange bisher kaum in die Strategie integriert wurden, und forderten eine revidierte und ambitioniertere Strategie, die auf die Nachhaltigkeitsstrategie Bezug nimmt. Umwelt-Innovationen und -Technologien seien entscheidend für die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Strategie sollte außerdem den Cardiff-Prozess unterstützen und die Umweltintegration unterstützen.

Die Lissabon-Strategie formuliert das Ziel, die EU bis 2010 zu einer weltweit führenden Wissensgesellschaft zu machen. Bisher war die Strategie aber wenig erfolgreich. Die europäischen Staats- und Regierungschefs wollten daher auf ihrem Frühjahrsgipfel Vorschläge zur Überarbeitung der Strategie beraten (siehe S. 3).

Antrag gegen Anbaugenehmigung für Gen-Mais

Die Umweltminister berieten überdies einen Antrag Österreichs, der die Anbaugenehmigung des Gen-Mais MON 810 von Monsanto in Frage stellt. Österreich ist der Ansicht, dass der von dem US-Saatgutkonzern vorgelegte Überwachungsplan nicht den geltenden Anforderungen entspricht. Der österreichische Antrag erhielt auf dem Rat die Unterstützung von mindestens elf Mitgliedern, darunter auch Deutschland. (tl) ■

• Weitere Informationen:

Rat der Europäischen Union, Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel
Tel. 0032 2 / 285-6211, Fax -7381
Protokoll:
<http://ue.eu.int/showPage.asp?id=221&lang=de>

EU zieht Lehren aus Spaniens Verfassungsreferendum

Konzentration auf junge Menschen und Aufklärung als Schlüsselfaktor

Laut einer Eurobarometer-Umfrage haben sich in Spanien nahezu drei Viertel der jungen Menschen nicht an der Abstimmung über die europäische Verfassung beteiligt. 73 % in der jüngsten Wählergruppe der 18- bis 24-jährigen machten nicht von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Die Erhebung machte außerdem den Zusammenhang zwischen mangelnder Information und geringer Beteiligung deutlich.

Die für Kommunikation und institutionelle Beziehungen zuständige EU-Kommissarin Margot Wallström bezeichnete es als besorgniserregend, dass in Spanien so wenig junge Menschen daran interessiert seien, über die künftige Gestalt der europäischen Union mitzuentcheiden. Sie forderte mehr Engagement der EU, um junge Menschen zu mobilisieren und ihr Interesse am öffentlichen Leben zu wecken.

Am 20. Februar war in Spanien über die Verfassung abgestimmt worden. 77 % der Wähler/innen stimmten mit Ja, aber die Beteiligung betrug nur 42 %. Durch die Umfrage nach dem Referendum sollte geklärt werden, warum viele an der Abstimmung nicht teilgenommen und weshalb die übrigen für oder gegen die Europäische Verfassung gestimmt hatten.

Ob die mangelnde Beteiligung eventuell auch mit der in weiten Teilen der EU geäußerten Ablehnung der Inhalte der Verfassung einherging, wurde durch die Umfrage nicht deutlich. Zivilgesellschaftliche Gruppen kritisieren an dem Verfassungsentwurf vor allem, dass er das europäische Sozialmodell aushöhle, die Beschränkung des Militärs auf die Landesverteidigung zugunsten einer militärisch-expansiven Interventionsfähigkeit zur weltweiten Sicherung von EU-Wirtschaftsinteressen aushebele und dass umweltpolitische Ziele zu wenig Berücksichtigung fänden. (ng) ■

• Weitere Informationen:

Vollständiger Bericht:
www.europa.eu.int/comm/public_opinion
www.europa.eu.int/rapid (Reference: IP/05/333)

Weniger Bürokratie - mehr Wachstum?

Kommission legt Maßnahmenbündel für bessere Rechtsetzung vor

Mit einem am 16. März vorgelegten Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtsetzung will die EU-Kommission künftig das Wachstum von Wirtschaft und Handel in der EU erheblich steigern. Als einer der Kernpunkte für die "Partnerschaft für Wachstum und Arbeitsplätze" der Europäischen Kommission soll mit der "besseren Rechtsetzung" die Bürokratie abgebaut und die Überregulierung in Angriff genommen werden. Außerdem will die Kommission ein "gesundes Gleichgewicht zwischen Kosten und Nutzen von Rechtsvorschriften" erreichen.

In mittlerweile bekannter Manier verkündete Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der beste Weg die Verwirklichung der ehrgeizigen Ziele für Wirtschaft, Gesellschaft und Lebensqualität der Bürger voranzutreiben bestehe darin, "unserer Kreativität von den Zwängen der Bürokratie zu befreien."

Sein Vize Günter Verheugen, in der Kommission zuständig für Industriepolitik, legte nach: "Weniger Bürokratie bedeutet mehr Wachstum." Er kündigte an, 900 geplante Rechtsinitiativen auf ihre Kosten und Vorteile für die EU-Wirtschaft hin prüfen lassen und sie gegebenenfalls zurückzuziehen.

Die Initiativen zur Vereinfachung der EU-Gesetzgebung gehen zurück auf den Europäischen Rat von 1992 und wurden auf dem Treffen in Lissabon im Jahr 2000 erneut mit Priorität versehen. Im selben Jahr hat die Kommission den "Aktionsplan zur Vereinfachung und Verbesserung des Regulierungsumfelds" vorgelegt, der auf dem EU-Weißbuch "Europäisches Regieren" basiert.

Pflanzenschutz und Abfallentsorgung zu bürokratisch?

Aus den 900 Rechtsinitiativen, die gegenwärtig von Rat und Parlament diskutiert werden, hat die Kommission bereits eine Liste mit 17 Vorlagen identifiziert, mit denen sie sich als erstes beschäftigen will. Darunter fallen zum Beispiel auch Regelungen zum Pflanzenschutz und zur Abfallentsorgung.

Die Kommission möchte systematischer so genannte Folgenabschätzungen durchführen, um ein "gesundes Gleichgewicht zwischen Kosten und Nutzen von Rechtsvorschriften" sicher zu stellen.

Dabei entstehe ein Großteil der Bürokratie, unter der die Wirtschaft zu leiden habe, nicht etwa in Brüssel, sondern vielmehr in den Mitgliedstaaten, in denen "EU-Richtlinien auf eine unnötig bürokratische Weise umgesetzt werden", so Verheugen.

EEA-Chefin McGlade: Umweltschutz macht EU wettbewerbsfähiger

Zum gleichen Thema äußerte sich die Leiterin der europäischen Umweltagentur (EEA) in Kopenhagen, Jacqueline McGlade, gegenüber EurActiv. Sie betonte, vor allem im Umweltbereich gehe es weniger um den Abbau als vielmehr um die bessere Umsetzung von Umweltvorschriften, um ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den drei Dimensionen der Lissabon-Strategie - Ökonomie, Soziales, Ökologie - herzustellen.

McGlade kritisierte ein "tief verwurzeltes Vorurteil" in vielen Regierungen und Unternehmen, nach dem Umweltvorschriften "der Grund dafür sind, dass [die EU] nicht wettbewerbsfähig" sei. Dabei sei das Gegenteil richtig, hätten doch Umweltvorschriften in der Vergangenheit "zu einer größeren Ressourceneffizienz und einem höheren Innovationsniveau [von Unternehmen] beigetragen". ■

Autorin: Nika Greger, DNR Berlin, EU-Koordination

• Weitere Informationen:

EU-Kommission:
www.europa.eu.int/rapid (Reference: IP/05/311 sowie MEMO/05/93)

Weitere Quelle: EurActiv
 Vollständiges Interview mit Jacqueline McGlade (englisch):
www.euractiv.com/Article?tcmmuri=tcm:31-136782-16&type=Interview

Europäische Umweltagentur (EEA):
<http://local.de.eea.eu.int> (auch deutsch)

Europäische Nachbarschaftspolitik

EU-Beziehungen zu Ägypten, Libanon und Kaukasusstaaten

Im Rahmen der so genannten Europäischen Nachbarschaftspolitik hat die EU-Kommission am 2. März die Intensivierung der Beziehungen zu Ägypten, Libanon, Armenien, Aserbeidschan und Georgien empfohlen. Anhand vorliegender Länderberichte soll nun der Rat entscheiden, ob mit den drei südlichen Kaukasusländern Aktionspläne im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ausgearbeitet werden sollen. Verhandlungen über Aktionspläne mit Ägypten und Libanon wurden bereits beschlossen.

Mit diesen Aktionsplänen soll für die Beziehungen zur EU in den kommenden drei bis fünf Jahren eine gemeinsame Agenda festgelegt werden, deren Ziel die Vertiefung der politischen Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen Integration ist.

Ziel: Vorzüge der EU "in anderer Weise teilen als über die Mitgliedschaft"

Ziel der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ist es, die "Stabilität, Sicherheit und den Wohlstand der EU mit den Nachbarländern in anderer Weise zu teilen als über die Mitgliedschaft in der EU". Die Verfolgung der ENP erfordere in den Partnerländern große wirtschaftliche und politische Reformen, die die EU finanziell und technisch sowie - wo dies möglich sei - mit der Öffnung der Märkte und der Gewährung von Zugang zu Programmen der EU unterstützen wolle, sagte die Kommissarin für Außenbeziehungen und die Europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner.

Mit Israel, Jordanien, Moldawien, Marokko, der Palästinensischen Behörde, Tunesien und der Ukraine wurden bereits Aktionspläne ausgehandelt.

In den Länderberichten sowie in den bestehenden und künftigen Aktionsplänen steht u.a. folgendes im Mittelpunkt:

- Politische Reformen: Stärkung der Demokratie, der verantwortungsvollen Regierungsführung und des Menschenrechtsdialogs
- Wirtschaftliche Reformen einschließlich der Förderung eines guten Wirtschafts- und Investitionsklimas
- Handels-, Markt- und Rechtsreformen: Förderung des Handels und Unterstüt-

zung der Partnerländer bei der Integration in das Welthandelssystem, Anhalten der Partnerländer zur Anwendung der Normen des EU-Binnenmarkts

- Zusammenarbeit im Bereich Justiz, Freiheit und Sicherheit: Justizreform und Migrationsfragen
- Infrastrukturnetze (Energie, Verkehr, Telekommunikation, Informationsgesellschaft) und Zusammenarbeit im Umweltbereich
- Kontakte der Bevölkerung ("People-to-people"): Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Zivilgesellschaft, Öffnung bestimmter Programme der EU. (ng) ■

• Weitere Informationen:

EU-Kommission
www.europa.eu.int/rapid (Reference: IP/05/236)

Informationen über die Europäische Nachbarschaftspolitik:
www.europa.eu.int/comm/world/enp/index_en.htm

Newsticker

Nanologue: Dialog über Vorteile und Risiken der Nanotechnologie

In einem europaweiten Dialog über die sozialen, ethischen und rechtlichen Implikationen möchte die EU-Kommission die Vorteile und Risiken von Nanotechnologie behandeln. Die Internetplattform www.nanologue.net soll Interessierte und Interessengruppen mit Wissenschaftler/innen und Entwickler/innen der neuen Technologie zusammenbringen, um die Auswirkungen auf Gesellschaft und Industrie zu diskutieren. Als Ergebnis des bis August 2006 laufenden Dialogprojekts wünscht sich die Kommission eine globale Kommunikationsstrategie. (ng)

www.nanologue.net

Quelle: EurActiv, www.euractiv.com



Keine Fortschritte bei der Schiffsabwrackung

UN-Treffen blieb unverbindlich

Mitte Februar haben die Vereinten Nationen bei einem Arbeitsgruppentreffen in London beschlossen, die in unterschiedlichen UN-Institutionen vorliegenden Ziele und Arbeitsprogramme zum Management von Schiffsabwrackung anzugleichen. Die jeweiligen Leitlinien der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Baseler Konvention über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von gefährlichen Abfällen und ihre Entsorgung sollen systematisch verglichen werden. Die Parteien einigten sich darauf, ein internationales, rechtlich bindendes Instrument zur Aufgabe von Schiffen ("Abandonnement") zu verfassen. Ein genauer Zeitpunkt wurde nicht genannt.

NGOs: Absoluter Fehlschlag für Umwelt und Menschenrechte

Harsche Kritik an den unverbindlichen Ergebnissen des Treffens äußerten Greenpeace International und das Basler Aktionsnetzwerk (BAN): Das "von Interessen der Schiffsindustrie vereinnahmte Treffen" sei ein "absoluter Fehlschlag" gewesen. Die Schiffsindustrie und die Staaten, die den unverantwortlichen Umgang mit der Schiffsabwrackung unterstützten - besonders Norwegen, Japan und Griechenland - könnten weiter agieren wie bisher. Nachhaltige Entwicklung, Umweltgerechtigkeit und Herstellerverantwortung blieben auf der Strecke und hochgiftige Schiffswracks würden weiter ungehindert in die ärmsten Regionen der Welt verbracht. Umweltschutzorganisationen hätten im Gegensatz zu Schiffseignern nicht einmal einen Sitz im entsprechenden Komitee.

Die Chance, endlich Maßnahmen zu ergreifen, sei vertan worden, so die Verbände. Zahlreiche Forderungen seien nicht erfüllt worden:

- Vorhandene Gesetze international durchsetzen;
- Schnellstens verbindliche Gesetzesregelungen schaffen, die hohe soziale und Umweltstandards beinhalten; Sofortmaßnahmen gegen den "Export" von tonnenweise in Schiffswracks enthaltenem Asbest und PCB nach Asien;
- Vorschriften zu Vorreinigung der Schiffe in den Industriestaaten erlassen;
- Globalen Fonds für Schiffsrecycling gründen.

"Giftkolonialismus hoch zwei"

In Indien werden rund 50 Prozent der Schiffe abgewrackt, es folgen China, Bangladesch, Pakistan und die Türkei. Rund 700 Hochseeschiffe werden jährlich auf den Abwrackwerften verschrottet, schreibt Christina Anastassiou in einem Artikel über Indien als "Endstation der Einhüllentanker". Rund 100.000 Tagelöhner arbeiteten in diesem Geschäft. Meist sind sie nur unzureichend vor den Schadstoffen geschützt, mit denen sie beim Zerlegen der Schiffe in Berührung kommen. Auch wenn es nach internationalen Protesten einige Verbesserungen gegeben hat, ist die indische Schiffsabwrackwerft in Alang immer noch "einer der gefährlichsten Arbeitsplätze der Welt." Andreas Bernstorff von Greenpeace nennt es "Giftkolonialismus hoch zwei", wenn europäische Reedereien ungerührt weiterhin ihre Schiffe dorthin verfrachten. Umwelt und Menschen sind ungenügend geschützt, weil es entweder keine Gesetze gibt oder die vorhandenen nicht eingehalten werden. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

• Weitere Informationen

Greenpeace, Andreas Bernstorff, Experte für Giftstoffe und Schiffsabwrackung, Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg
Tel. 0171 / 8780838
Fax 040 / 30618100
www.greenpeace.de

Quellen: Environment Daily, 21.2.05, www.basel.int/press/presrel180205.doc
www.umweltjournal.de/fp/archiv/AfA_recycling/8082.php

Ideenkapitel Nr. 25, November 2004, S. 10-11, Christina Anastassiou

Industrie: Mehr biologisch abbaubare Kunststoffe

Vereinbarung zur Selbstverpflichtung bleibt freiwillig

Die Industrie hat sich im Februar freiwillig verpflichtet, die biologische Abbaubarkeit von Kunststoffen zu verbessern. Sie will in Zukunft vermehrt kompostierbare Polymere für Verpackungen verwenden. So soll die Einhaltung der international anerkannten Norm zur Abbaubarkeit von Polymeren sowohl aus erneuerbaren als auch aus fossilen Ressourcen gewährleistet werden. In den getroffenen Vereinbarungen sind auch Zertifizierungs- und Kennzeichnungssysteme vorgesehen, die es Verbraucher/innen erlauben sollen, Informationen über die Umweltqualität der Produkte zu erhalten. Zu der Vereinbarung haben sich BASF (Deutschland), Cargill Dow (USA), Novamont und Rodenburg-Biopolymers (Niederlande) verpflichtet, die rund 90 % des europäischen und des Weltmarktes für biologisch abbaubare Kunststoffe abdecken.

EU-Kommission hofft auch ohne gesetzliche Initiative auf Erfolge

Verpackungen und Plastiktaschen sind die Produkte mit dem höchsten Verbrauch biologisch abbaubarer Kunststoffe. Viele Hersteller weisen ihre Produkte aber als biologisch abbaubar aus, ohne die EU-Normen zu erreichen. Die Europäische Kommission plant zur Zeit auf diesem Gebiet keine gesetzlichen Initiativen. Sie sieht in der Selbstverpflichtung der Industrie eine Alternative zu harter Gesetzgebung und hofft, dass bei Erfolg weitere Sektoren zu vergleichbaren Maßnahmen stimuliert werden. Bereits im Januar hatten die zu Normungsverfahren arbeitenden Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen ANEC und ECOS auf die Unzulänglichkeiten der EU-Normen für Verpackungen hingewiesen. (ks) ■

• Weitere Informationen

European Environmental Citizens' Organisation for Standardisation, Ralf Lottes, Bld. de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 28910-93, Fax -99
eMail: ralf.lottes@ecostandard.org
www.ecostandard.org

Quellen: Environment Daily, 21.2.2005
www.europa.eu.int/rapid (Reference IP/05/170)

Illegaler Abfallexport wird schwieriger

Überwachungsprojekt mehrerer EU-Staaten gestartet

Mehrere europäische Länder wollen die Überwachung und die Kontrolle grenzüberschreitender Abfallverbringung verstärken. Das vereinbarten Vertreter/innen aus zehn europäischen Staaten bei einem Treffen im Februar in Berlin.

Reaktion auf EuGH-Urteil

Damit reagieren die Länder auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 16. Dezember 2004.¹ Danach können die zuständigen Behörden eines exportierenden Staates Einwände gegen den Export von Abfällen geltend machen, wenn die beabsichtigte Verwertung im Ausland nicht den Umweltschutzanforderungen im eigenen Land genügt (EUR 02.04, S. 29). Ziel der Länderinitiative sind koordinierte gemeinsame Kontrollen, um illegale Abfalltransporte über die Grenzen hinweg zu verhindern. In der Vergangenheit hatten Kontrollen gezeigt, dass die festgeschriebenen Regeln grenzüberschreitender Abfallverbringungen immer wieder umgangen werden. Diese illegalen Transporte können zu Umwelt- und Gesundheitsproblemen führen.

Kontrollen an allen Schnittstellen des Abfallkreislaufs

Fachleute aus Vollzugsbehörden der Länder Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Irland, Kroatien, Malta, Niederlande, Österreich und Tschechien vereinbarten, gemeinsame Kontrollen an Abfallanfallstellen, Abfallbehandlungsanlagen und auf dem Transportweg durchzuführen sowie den Informationsaustausch über bestimmte Abfallströme zu verstärken. Die zehn Länder rechnen damit, dass weitere Staaten kurzfristig ihre Beteiligung an dieser Zusammenarbeit erklären werden. Die beteiligten Vollzugsbehörden bauen die Kooperation mit Behörden - wie etwa dem Zoll und der Polizei - auf oder verstärken sie. Zunächst werden Transporte und Be-

triebe kontrolliert, dem folgt eine Kontrolle der Anlieferung in der Entsorgungsanlage. So wird geprüft, ob - von der Abfallanfallstelle bis zur Entsorgung - die Regelungen der grenzüberschreitenden Abfallverbringung eingehalten wurden.

Bericht über Erfolge im Frühjahr 2006

Bis zum Frühjahr 2006 werden die Ergebnisse der Kontrollen ausgewertet und als Bericht vorgelegt. Diesen erhalten sowohl die nationalen Behörden als auch die Europäische Kommission. Er wird die Überwachungsaktivitäten analysieren und auf allgemeine Vollzugsprobleme hinweisen. Ferner wird die bestimmungsgemäße Verbringung analysiert und verifiziert.

Bereits zweite Kontrollaktion - EU-Konferenz in Prag

Es handelt sich übrigens schon um ein Nachfolgeprojekt: Im Oktober 2003 bis November 2004 hatte bereits eine mehrmonatige Kontrollaktion stattgefunden - jedoch mit einer geringeren Zahl teilnehmender Länder -, die unter Verantwortung des Vollzugsnetzwerks der EU stattfand (IMPEL - European Network for the Implementation and Enforcement of Environmental Law). Das Projektmanagement liegt beim niederländischen Inspektorenrat. Mitte März findet in Prag eine weitere Konferenz zum Thema statt. (du) ■

• Weitere Informationen

European Union Network for the Implementation and Enforcement of Environmental Law (IMPEL), Sabine Sommer, Koordinatorin Generaldirektion Umwelt, BU-5 6/127, Europäische Kommission, B-1049 Brüssel
eMail: sabine.sommer@cec.eu.int
www.europa.eu.int/comm/environment/impel/news.htm

Newsticker

USA und EU wollen stärkere Kooperation bei Produktsicherheit

Die EU-Kommission und US-Behörden haben sich Ende Februar auf neue Leitlinien über Produktsicherheit geeinigt. Nach Angaben der Kommission sollen künftig regelmäßig Informationen ausgetauscht und gemeinsame Initiativen für Verbraucherschutz und -gesundheit gestartet werden. Konsument/innen in den USA und in der EU hätten hohe Erwartungen an die Sicherheit der Produkte, sagte EU-Verbraucherschutzkommissar Markos Kyprianou. Da zahlreiche Waren auf beiden Märkten verkauft werden, sollen gefährliche Produkte frühzeitig in den USA und in der EU identifiziert und gemeldet werden. (jg)
www.produktion.de/produktion/news/19673

Gesundheitsrisiken bei Duftprodukten

Die Vereinigung europäischer Verbraucherschutzorganisationen BEUC hat verschiedenen Herstellern von Duftprodukten vorgeworfen, dass ihre Produkte gesundheitsschädliche Chemikalien absondern. U.a. die Firma Sara Lee hatte daraufhin Umsatzeinbußen von über 30 %. Sara Lee verklagte im Gegenzug die BEUC vor einem niederländischen Gericht: Die Testverfahren seien nicht korrekt gewesen und die Wirtschaft sei im Vorfeld nicht konsultiert worden. BEUC hat nun Ende Februar in einem ausführlichen Statement diese Vorwürfe zurückgewiesen und Hintergrundinformationen über das Verfahren offen gelegt. (du)
www.beuc.org/Content/Default.asp?PageID=529

Europas Elektronikmüll schafft giftige Arbeitsplätze in Indien

Die Industrienationen exportieren jedes Jahr riesige Mengen unbrauchbarer Elektronikgeräte nach Indien. Das Ausschachten der hochgiftigen Altgeräte ist stark gesundheitsschädigend. Die Basler Konvention, ein UN-Abkommen von 1989, verbietet den Giftmüllexport in Entwicklungsländer. Doch nicht jede Regierung hat die Konvention ratifiziert. Es fehlen bis heute Afghanistan, Haiti und, deutlich schwerwiegender, die USA. Die NGO "Toxics Link" hat nachgewiesen, dass Neu-Delhi zu den weltweit größten Entsorgungsplätzen für illegal eingeführte Geräte gehört. (du)
www.toxicslink.org

¹ Rechtssache C-277/02; Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 16. Dezember 2004; "Umwelt - Abfälle - Verordnung (EWG) Nr. 259/93 über die Verbringung von Abfällen - Zur Verwertung bestimmte Abfälle - Einwände - Zuständigkeit der Behörde am Versandort - Verwertung, die die Anforderungen des Artikels 4 der Richtlinie 75/442/EWG oder nationaler Bestimmungen nicht beachtet - Zuständigkeit der Behörde am Versandort für die Erhebung solcher Einwände"

Agrarministerrat am 28.2. und am 14.3.

28. Februar: Förderung ländlicher Räume und Finanzen

Im Mittelpunkt der Ratstagungen am 28.2. und 14.3. standen Orientierungsdebatten über die Reformvorschläge zur Förderung ländlicher Räume und zur Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

Förderung ländlicher Räume

Die Präsidentschaft hatte zur Reform der Förderung ländlicher Räume einen überarbeiteten Verordnungsentwurf vorgelegt. Die große Mehrheit der Mitgliedstaaten stimmte den Vorschlägen zur stärkeren Unterstützung der Lissabon-Strategie durch die 2. Säule zu und forderte weitergehende Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. In der zweiten Debatte zur Festlegung von Mindestbudgets vor allem für Maßnahmen der ländlichen Entwicklung schien eine Einigung schwierig, da einige Mitgliedstaaten feste Budgets als zu rigide ansehen.

Parlament kritisiert Haltung des Rates

In einer öffentlichen Anhörung mit Experten im Europäischen Parlament gab es einstimmige Kritik an der einseitigen Orientierung des Rates an der Lissabon-Strategie. Die ländliche Entwicklung könne ohne ausreichende feste Budgets nicht effektiv ihre Benachteiligung abbauen. Dies sei aber zwingend notwendig, wenn die Lebensqualität auf dem Land nicht sinken solle. Die Parlamentarier kritisierten die häufige Auffassung, ländliche Entwicklung sei "Schönheitspflege". Vielmehr gehe es um neue Erwerbsmöglichkeiten und ausreichende Infrastruktur.

Vereinfachung und Flexibilisierung der GAP-Förderung

Diese Forderung fand im Rat breite Unterstützung. Mehrere Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, forderten schlankere Verfahren bei der Programmplanung und -umsetzung und die Angleichung der Bestimmungen zur finanziellen Abwicklung und Kontrolle an die der ersten Säule. Die Berichts- und Evaluierungspflichten sollten vereinfacht und vereinheitlicht werden.

NATURA 2000: Ergänzende Förderung

Die von der Präsidentschaft vorgeschlagene ergänzende Förderung bei der Umsetzung von NATURA 2000 wurde mehrheitlich begrüßt. Zahlreiche Mitgliedstaaten forderten aber ein höheres Mittelvo-

lumen. Deutschland unterstützte den Vorschlag der Präsidentschaft, auch die Forstwirtschaft in die Förderung von NATURA-2000-Maßnahmen aufzunehmen. Allerdings müssten die Förderkriterien an die für die Landwirtschaft angeglichen werden, ebenso die Förderhöchstsätze.

14. März: Kommissionsvorschlag zum Krisenmanagement

Auf der zweiten Ratssitzung am 14.3. wurde auch die Mitteilung der Kommission diskutiert, verschiedene Schritte hin zu einem besseren Krisen- und Risikomanagement zu unternehmen. Dazu enthält die Mitteilung drei Optionen. Die erste sieht einen Zuschuss von Prämien vor, die die Landwirte für Versicherungen gegen Naturkatastrophen oder Krankheiten verwenden können. Die zweite Option sieht Fonds auf Gegenseitigkeit vor. Für die Verwaltung der Fonds können befristete, degressive Zuschüsse gewährt werden. Option drei empfiehlt eine Grundsicherung für Einkommenskrisen. Die Mitteilung wurde von neun Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, unterstützt. Es wurde vorgeschlagen, die Maßnahmen ebenfalls aus der 2. Säule zu finanzieren. Die vorgeschlagene Höhe von 1 % der Modulation wurde als zu gering kritisiert.

Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln

Unterstützt von mehreren Mitgliedstaaten bekräftigte Ministerin Künast ihre Forderung nach umfassenderen Herkunftsangaben bei Lebensmitteln. So könnten die Konsumenten auf Produkte zurückgreifen, die nur kurze Wege zurückgelegt hätten oder aus Entwicklungsländern stammten. Derzeit sei im EU-Recht nur für spezielle Erzeugnisse die Herkunftsangabe vorgeschrieben, z.B. für Rindfleisch, Eier, Wein sowie bestimmte Obst- und Gemüsearten. Diese Regelungen trügen dem Informationsbedürfnis der Verbraucher aber nur eingeschränkt Rechnung. Kommissar Kyprianou und Kommissarin Fischer Boel sagten eine umgehende Prüfung zu, wie das bisherige Kennzeichnungssystem mit Blick auf die Herkunftsangaben verbessert werden könne. (du)

• Weitere Informationen

Rat der Europäischen Union, Rue de la Loi, 175 B-1048 Brüssel
Tel. 0032 / 2285 -6319, Fax -8026
eMail: press.office@consilium.eu.int
<http://ue.eu.int>

Bauernverband rechnet mit mehr Öko-Importen

Konkurrenz für Biolandbau aus dem Osten befürchtet

Großbetriebe aus Osteuropa könnten Preisdumping für Ökolandbauprodukte betreiben. Diese Befürchtung wurde Anfang des Jahres im Rahmen des IAMO-Ost-West-Agrarforums und ähnlich auf der BioFach-Messe Ende Februar geäußert.

Bauernverband fordert EU-Bio-Siegel mit nationaler Herkunftsbezeichnung

Für die kommenden drei bis fünf Jahre rechnet der Deutsche Bauernverband (DBV) mit erheblichen Steigerungen der Importe von Ökoprodukten insbesondere aus Osteuropa. Deshalb forderte er auf der Messe BioFach 2005 in Nürnberg eine Modifizierung des Bio-Siegels¹. Den Nutzern müsse es auf freiwilliger Basis ermöglicht werden, das Siegel mit der nationalen Herkunft zu kennzeichnen, sagte ein DBV-Sprecher. Damit würden Verbraucher mehr Information über die in der Regel höheren Anforderungen an die Produktion der deutschen Bioware im Vergleich zu Importen erhalten.

Exportorientierte Länder wie Ukraine und Russland mögliche Konkurrenten

Klein strukturierte Biobetriebe in Deutschland würden Schwierigkeiten bekommen, weil sie mit den Großbetrieben Russlands und der Ukraine kaum konkurrieren können, sagte Stephan von Cramon-Taubadel, Moderator des Agrarforums "Nachhaltige Agrarwirtschaft und Innovationen - Chance und Herausforderung für Politik und Gesellschaft" auf der Grünen Woche. Wenn Länder wie die Ukraine entdeckten, dass mit Bioprodukten gutes Geld zu verdienen sei, könnten sie ihre exportorientierte Produktion umstellen. (du) ■

• Weitere Informationen

Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO), Theodor-Lieser-Str.2, 06120 Halle/Saale
Tel. 0345 / 2928-0, Fax-199
eMail: iamo@iamo.de
Quelle: taz 22.1.2005

¹ Bis zum 31. Januar 2005 hätten über 1250 Unternehmen für 25.450 Produkte die Kennzeichnung mit dem Siegel angezeigt. Das staatliche Zeichen wurde am 5. September 2001 eingeführt.

Agrarreform: Starre Pfründe statt Öko-Wende?

Ökologische Auflagen für Flächenpflege zu gering

Seit die EU-Agrarreform greift, können Landwirte ihre Flächen brach fallen lassen - und bekommen trotzdem einen großen Teil der 5,5 Milliarden Euro Subventionen jährlich. Besonders profitieren davon die landwirtschaftlichen Großbetriebe im Osten. Darauf wies die Tageszeitung taz im März hin.

Hintergrund Agrarreform

Subventionen werden in Bezug zur Fläche des Hofes berechnet. Voll wirken wird die Reform 2013. Dann erhalten Landwirte pro Hektar rund 300 Euro. Das Problem: Eigentlich hatte die deutsche Bundesministerin Renate Künast strikte Öko-Auflagen geplant. Sie scheiterte aber der taz zufolge an den Agrarministern der unionsgeführten sowie der ostdeutschen SPD-Länder. Jetzt seien Prämien selbst dann garantiert, wenn Wiesen und Felder nur einmal im Jahr gemulcht - Pflanzen gemäht, zerkleinert und liegen gelassen - werden.

Abbau von Arbeitsplätzen, kein Vorteil für die Umwelt

Aus ökologischer Sicht sei das schon kritisch, sagt Reinhild Benning, Agrarexpertin des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, "weil Insekten, Würmer und andere Kleintiere dabei regelrecht gehäckselt werden". Den Bauern kostet das nur 30 Euro pro Hektar. So erntet er 270 von den 300 Euro Prämie.

Dr. Jörg Gerke von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat berechnet, was das schon heute für einen Großbetrieb im Osten mit 1.000 Hektar Grünland, 1.000 Kühen und sechs Mitarbeitern heißt. Er nimmt an, dass Letztere - wie schon viele auf LPG-Nachfolgebetrieben in Uckermark oder Altmark - entlassen werden. Kühe würden abgeschafft, Lohnarbeiter übernehmen das Mulchen, der Ökobonus werde beantragt. Der Bauer, so Gerke, könne dann "eine feudale Leibrente von mehr als 360.000 Euro im Jahr" einstreichen. Die Prämie sei so wertvoll, dass sie gehortet werde.

Verschiedene Szenarien möglich - Großbetriebe profitieren immer

Bei der Prämienvergabe sind laut dem AbL-Experten zwei unterschiedliche Szenarien möglich.

1. Der Eigentümer gibt den Hof auf. Er verpachtet die Fläche nicht, sondern kassiert die Prämie. Allerdings sind Zwei Drittel der Äcker und Weiden in Deutschland verpachtet.
2. Der Pächter löst seinen Vertrag. Er gibt den Acker an den Eigentümer zurück, behält aber das Prämienrecht, denn dieses steht grundsätzlich dem zu, der die Felder am 1. Januar 2005 bewirtschaftet hat. Die Folge: Felder ohne Prämie verlieren an Wert.

Wahrscheinlicher sei deshalb der zweite Fall:

Befürchtet wird, dass Zahlungsansprüche werden künftig wie Milchquoten gehandelt werden. Davon profitieren laut Gerke vor allem "die großen Betriebe im Osten, die in den letzten Jahren viele Hektar billig gepachtet haben". Im Nachteil seien dann Neueinsteiger.

Konversion zum Ökolandbau gefährdet

Umweltverbände wie Euronatur legen deshalb eine Neuverhandlung der Prämienvergabe nahe. Nicht zuletzt sei sonst eine breite Konversion hin zu ökologischem Landbau unwahrscheinlich, da Beihilfen voraussichtlich nur noch in geringem Maße an den tatsächlichen Neulandwirt ausgezahlt würden. (du) ■

• Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten
Tel. / Fax 038453 / 20400
eMail: gerke.rukieten@t-online.de

Quelle: taz 4.3.2005

Ökolandbau für die Armutsbekämpfung

Studie belegt: Weniger Abhängigkeit der Bauern, langfristige Absicherung

Die ökologische Landwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten und sie bietet langfristig entscheidende Vorteile gegenüber der konventionellen Landwirtschaft. So die Ergebnisse der Studie "Ökologische Landwirtschaft - ein Beitrag zur nachhaltigen Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern", die der NABU Ende Februar gemeinsam mit Misereor, dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), dem WWF und Naturland auf der Messe BioFach 2005 in Nürnberg vorgestellt hat. ●

Kritik an EU-Ökolandbaurichtlinie

Die ökologische Landwirtschaft verringere die Abhängigkeit der armen Bauern von teuren Betriebsmitteln, gewährleiste eine höhere Ertragssicherheit und mindere die Krisenanfälligkeit armer Haushalte bei gleichzeitiger nachhaltiger Nutzung der natürlichen Ressourcen, so die Ergebnisse der Studie. Die Studie kommt aber unter anderem zu dem Schluss, dass eine Definition der ökologischen Landwirtschaft, wie sie in der EU-Verordnung 2092/91/EWG durch Kontrolle und Zertifizierung festgelegt ist, den vielfältigen Möglichkeiten der ökologischen Landwirtschaft in Nord und Süd nicht gerecht wird.

Gemeinsames Leitbild entwickelt

In einer gemeinsamen Erklärung nehmen sich die beteiligten Verbände deshalb vor, weiter intensiv an einem gemeinsamen Leitbild einer ökologischen Landwirtschaft zu arbeiten, das die Interessen von Armutsbekämpfung und Umweltschutz gleichermaßen stärkt. Das gemeinsame Anliegen für eine nachhaltige ländliche Entwicklung soll in der deutschen Öffentlichkeit, in den Ländern des Südens und bei UN-Organisationen noch erfolgreicher vertreten werden. (du) ■

• Weitere Informationen

Bezug der Studie: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 9239935-2, Fax -6
eMail: info@forumue.de
Kostenloser Internet-Download:
www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/landwirtschaft/14.pdf

Zuckermarktreform wird Thema Nr. 1

EU-Parlament fordert Abkehr von bisherigen Reformplänen

Am 10. März hat das Europäische Parlament in Straßburg eine Resolution zur bevorstehenden Reform der Zuckermarktordnung der EU verabschiedet. Die Vorlage eines legislativen Vorschlags der Europäischen Kommission wird in den kommenden Monaten - mit Blick auf die WTO-Verhandlungen Ende des Jahres - erwartet.

Nicht zuletzt auf Druck von Zuckerwirtschaft und Entwicklungsverbänden schloss sich das Plenum der Empfehlung des Agrarausschusses an, die Kürzungen von Quoten und Preisen stark zu begrenzen. Ebenso wurde die Forderung mehrheitlich angenommen, die EU-Zucker-Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC¹) in das Mengenmanagement der Zuckermarktordnung aufzunehmen und den Dreieckshandel (SWAP) zu unterbinden. Damit entspricht das Europaparlament auch den Forderungen der AKP²- und LDC-Staaten.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vizepräsident des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, warnte die Kommission in diesem Zusammenhang davor, nicht auf reine Preissenkungspolitik mit "Kompensationslogik" ab-zuzielen. Es sei unverantwortlich, die Märkte einfach zu öffnen, ohne einen Verteilungsmechanismus zu haben, der den Entwicklungsländern nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ermögliche.

Vorschläge der Grünen im Parlament

Die Grünen im Europäischen Parlament haben laut Graefe einige Forderungen für eine nachhaltige Zuckerproduktion und fairen Handel mit Zucker durchsetzen können. So forderte das Parlament die Einrichtung eines Fonds für die ländliche Wirtschaftsentwicklung in Entwicklungsländern. Die Zucker-Exportrechte in die EU müssten darüber hinaus mit der Einhaltung von Produktionsstandards (Cross-Compliance³) verknüpft werden. Dies könne, so Graefe, dem Preisdumping und der Überschussproduktion ein Ende setzen

und für ein neues Marktgleichgewicht und nachhaltige ländliche Entwicklung sorgen. "Wir schlagen 25 % Quotenreduzierung zugunsten der Entwicklungsländer vor. Die Kontingente müssen nach Entwicklungskriterien so verteilt werden, dass möglichst viele Entwicklungsländer vom relativ hohen Zuckerpreis der EU profitieren können", so der Grüne Agrarpolitiker.

Geteilte Antwort der Kommission

Bei einer Aussprache im Europäischen Parlament erklärte sich Agrarkommissarin Fischer Boel bereit, auf die für 2008 vorgesehene Halbzeitbewertung zu verzichten und die grenzüberschreitende Handelbarkeit der Zuckerquoten zu überdenken. Mit Blick auf den umstrittenen Quotenhandel machte die Kommissarin deutlich, dass sie sich mit der Schaffung eines Sonderfonds zum Aufkauf der Lieferrechte anfreunden könne, wenn damit die Reformziele erreicht würden.

Forderungen des Parlaments, die geplanten Preiskürzungen zu entschärfen und den unbeschränkten EU-Marktzugang für die ärmsten Länder der Welt durch Importquoten zu ersetzen, lehnte Fischer Boel hingegen kategorisch ab. Die beabsichtigte Kürzung der staatlichen Stützpreise um 33 % stelle für eine effiziente Reform ein Minimum dar. Und mit einer Wiederaufschürfung der Entwicklungsinitiative "Alles außer Waffen" würde die EU ein denkbar schlechtes Signal geben - vor allem in einem Jahr, in dem man auch die anderen Industrieländer zu dieser Maßnahme gewinnen wolle, so Fischer-Boel. Zu den Forderungen nach Cross-Compliance bei Zuckerimporten nahm Fischer-Boel keine Stellung. (du) ■

• **Weitere Informationen**

EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft; Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 295 -3240, Fax -7540
eMail: agri-library@cec.eu.int

Monsanto verliert Weizen-Patent für Nap Hal

Bereits zweite erfolgreiche Klage beim Europäischen Patentamt

Das im Mai 2003 erteilte EU-Patent auf Eigenschaften der indischen Weizensorte "Nap Hal" ist vom Europäischen Patentamt (EPA) für ungültig erklärt worden. Damit gibt sie dem Einspruch der Initiative "Kein Patent auf Leben", unterstützt vom Umweltinstitut München, Recht. Dem Einspruch hatten sich die große indische Bauernorganisation Bharat Krishak Samaj und der Dachverband der europäischen Landwirte COPA angeschlossen. In den USA, Australien und Japan gilt das Patent allerdings weiterhin.

Vorwurf der Biopiraterie erwies sich als gerechtfertigt

Für seine angebliche Erfindung bediente sich Monsanto beim Saatgut indischer Bauern. Das Patent stelle für diese eine Bedrohung dar, so das Umweltinstitut: Monsanto könnte seine Rechte über das Patentübereinkommen (Patent Cooperation Treaty) auf Indien ausdehnen und Lizenzgebühren von indischen Bauern verlangen, die Weizen mit den genetischen Eigenschaften der patentierten Sorte anbauen - dies betrifft nahezu alle indischen Landsorten.

"Zusammenspiel" zwischen EU-Patentamt und Verbänden

Am 4. Oktober 2004 hatte das EPA schon dem Einspruch von Bauernverbänden und Organisationen gegen das Patent EP 445 929 stattgegeben. Da das EPA ein einmal erteiltes Patent nicht von sich aus wieder zurücknehmen kann, kann es eigenständig keine Fehler korrigieren. Es kann aber auf Klagen reagieren. Diese Rolle übernehmen nun erfolgreich Bauernverbände und Nichtregierungsorganisationen, um die Rechte von Bauern und Verbrauchern in Europa und in Entwicklungsländern zu vertreten. (du) ■

• **Weitere Informationen**

Umweltinstitut München e.V., Andreas Bauer, Landwehrstr. 64 a, 80336 München
Tel. 089 / 30 77 49 -14, Fax -20
eMail: ab@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

1 Low Developed Countries

2 Afrika-, Karibik- und Pazifik-Staaten

3 Bindung von Subventionen an Umweltauflagen

Halb Polen erklärt sich zu gentechnikfreier Zone

Sechs Regionen wollen keine grüne Gentechnik auf den Feldern

Die Provinz Mazowieckie mit der Hauptstadt Warschau und mehr als fünf Millionen Einwohnern hat sich als sechste polnische Provinz zur gentechnikfreien Region erklärt. Eine entsprechende Resolution wurde von der lokalen Regierung Ende Februar verabschiedet. Ähnliche Entscheidungen wurden bereits von den Regionen Podkarpackie, Malopolska, Podlaskie, Lubelskie und Kujawsko-Pomorskie getroffen.

Auch Landwirtschaftsverbände gegen GVO

Darüber hinaus haben sich die großen Landwirtschaftsverbände gegen die Einführung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in die Landwirtschaft ausgesprochen. Zusammen mit einzelnen Gemeinden in anderen Teilen Polens leben jetzt insgesamt mehr als die Hälfte aller polnischen Bürger/innen in einer durch die Behörden als GVO-frei deklarierten Region. Weitere vier Regionen bereiten Schritte in diese Richtung vor.

Erfolg für Nichtregierungsorganisationen

Diese Entwicklung ist nicht zuletzt das Resultat der erfolgreichen Kampagne der International Coalition to Protect the Polish Countryside (ICPPC). ICPPC ist der Ansicht, dass diese Erfolge nur ein erster Schritt sind. Nun soll gemeinsam Druck auf die polnische Regierung und die Europäische Union gemacht werden, um die regionalen Entscheidungen, GVO-frei zu bleiben, gesetzlich anzuerkennen und zu schützen. Darüber hinaus sollen rechtliche Instrumente für lokale Behörden entwickelt werden, um mit den neuen Anforderungen umzugehen. (du) ■

• Weitere Informationen

ICPPC - International Coalition to Protect the Polish Countryside, PL-34-146 Stryżów 156
Tel. 0048 33 8797114
eMail: biuro@icppc.pl
www.gmo.icppc.pl

Newsticker

Wachstumsbranche Bioprodukte

Heute werden weltweit rund 26 Mio. ha biologisch bewirtschaftet - fast 10 % mehr als letztes Jahr. Der Biolandbau boomt. Die größten Bioflächen befinden sich in Australien und Argentinien. (du)
Quelle: www.blauen-institut.ch/Pg/pM/pM5/pm1105.html

EU-Agrarreform für Naturschützer - Broschüre bietet Einstieg ins Thema

Eine neue Broschüre des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL) und des NABU informiert speziell Naturschützer und Landschaftspfleger über die wichtigsten Inhalte der EU-Agrarreform. Unter anderem werden die aus der Reform resultierenden Konsequenzen und Handlungsmöglichkeiten für den behördlichen und ehrenamtlichen Naturschutz aufgezeigt. (du)
www.nabu.de/m01/m01_02/03364.html

EU-Gelder auch für Absatzförderung im Ökolandbau

Die EU-Kommission hat zehn Programme zur Finanzierung von Informations- und Absatzförderungskampagnen für EU-Agrarerzeugnisse außerhalb der EU genehmigt. Mit insgesamt 20,5 Mio. Euro sollen diese Kampagnen finanziert werden. Der Beitrag der EU-Kommission beläuft sich dabei auf 50 % des Gesamtbudgets. Die genehmigten Programme zielen speziell auf Nordamerika, China, Japan, Russland und Osteuropa ab. Bei den Erzeugnissen handelt es sich um Wein, Olivenöl, Fleisch und Milcherzeugnisse. Zu den aktivsten Ländern bei der Organisation von Programmen in Drittländern gehören Italien, Frankreich und Spanien - Deutschland noch nicht. (du)
Quelle: www.europa.eu.int/rapid (Reference IP/05/291)

EU-Satelliten-Datenbank gegen Agrar-Subventionsmissbrauch

Die MARS-Datenbank (Monitoring Agriculture with Remote Sensing) ist Mitte März online gegangen. Aus satellitengestützt gesammelten Daten werden Prognosen über Ernteerträge erstellt. Eine weitere Aufgabe ist die Beobachtung von Parzellen. Nutzer können auf die Informationen mittels verschiedener Parameter wie Gebiete und Jahreszahlen (ab 1975) zugreifen. Das MARS-Projekt unterstützt auch die Verwaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Mit Hilfe dieser Mes-

sungen sollen der Subventionsmissbrauch weiter eingedämmt und die Beantragung von Beihilfen erleichtert werden. (du)
<http://agrifish.jrc.it/marsstat/datadistribution>

USA: Mehr und mehr Wildkräuter werden resistent

Die meisten Gentech-Pflanzen sind resistent gegen das Herbizid Roundup. Nun werden auch immer mehr Wildkräuter resistent und entwickeln sich zu kaum bekämpfbaren "Super-Unkräutern". (du)
www.blauen-institut.ch/Pg/pM/pM5/pm1103.html

Österreich wehrt sich erfolgreich gegen deutschen Gentechanbau

Bayrische Landwirte wollten Gentechmais nahe der Grenze zu Österreich anpflanzen. Nach heftigen Protesten der Regionalregierung Oberösterreichs hat Bayern diese Pläne gestoppt. (du)
www.blauen-institut.ch/Pg/pM/pM5/pm1104.html

Japanische NGOs fordern Australien zum Verzicht auf Gentechnik auf

Westaustralien exportiert seinen Raps vor allem nach Japan. Nun fordern 21 japanische Konsumentenorganisationen Westaustralien auf gentechnikfrei zu bleiben, wenn es seine Marktchance behalten wolle. Die drei wichtigsten Geflügelfirmen Australiens verzichten inzwischen auf Gentechfutter für ihre Hühner. (du)
www.blauen-institut.ch/Pg/pM/pM5/pm1101.html

■

Konsultation: Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln

Kommentare bis zum 5. Mai erbeten

Zehn Jahre nach Annahme der Richtlinie über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (91/414/EWG) will die EU-Kommission einen Bericht über deren praktische Auswirkungen vorlegen. Die Richtlinie sieht die Aufstellung einer Positivliste der in Pflanzenschutzmitteln enthaltenen Wirkstoffe vor, die als "für den Menschen unbedenklich" eingestuft sind und "kein unvertretbares Risiko für die Umwelt" darstellen. Die Mitgliedstaaten dürfen Pflanzenschutzmittel laut Richtlinie nur dann in Verkehr bringen und zum Gebrauch freigeben, wenn die darin enthaltenen Wirkstoffe auf dieser Positivliste stehen, außer im Falle der Anwendung von Übergangsbestimmungen.

Die vorliegende Befragung dient "der Feinjustierung des Konsultationsverfahrens. Gesundheits- und Umweltaspekte werden hier nicht aufgegriffen, da dies bereits geschehen ist", schreibt die Kommission. Die im Fragebogen gestellten Fragen sind eher Anwender-bezogen.

► Alle Interessierten "innerhalb und außerhalb der EU" sind aufgefordert, bis zum 5.5. den Fragebogen zu beantworten. (ks) ■

• Weitere Informationen

Fragebogen:

www.europa.eu.int/yourvoice/forms/dispatch?form=392&lang=DE

111 Änderungen für REACH im Umweltausschuss vorgelegt

Berichterstatte Guido Sacconi: "Nägel mit Köpfen machen"

In der Sitzung des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments am 14. März hat Berichterstatte Guido Sacconi (Italien) insgesamt 111 Änderungsvorschläge präsentiert. "Heute ist der Tag, an dem wir wirklich zum Kern der Sache kommen. Ich habe den Eindruck, wir können Nägel mit Köpfen machen", sagte der Sozialdemokrat. Er blieb mit seinen Änderungsvorschlägen nahe an seiner Linie, die er schon vor der Neuwahl des Parlaments im letzten Jahr eingenommen hatte. Sacconi ist gegen substantielle Veränderungen der Registrierungsanforderungen. An diesem Zankapfel entbrennt der Kampf der Interessengruppen, da sich bei der Ausgestaltung dieser Anforderungen entscheidet, wieviel Kosten auf die Industrie zukommen werden.

Stärkung des Substitutionsprinzips

Der Berichterstatte argumentiert für eine Verschärfung des Substitutionsprinzips¹ innerhalb der Zulassungsprozedur (Autorisierung) und für eine mit starken Rechten ausgestattete Chemikalienagentur, die durch REACH eingesetzt werden soll. "Wenn wir zu verzweifeln um Perfektion ringen, werden wir nie fertig", bemerkte Sacconi und forderte seine Kolleg/innen auf, keine allzu tiefgreifenden Änderungen mehr vorzunehmen. Der Umweltausschuss solle am mengenbasierten Ansatz festhalten und auch an der jetzigen Form der Priorisierung von Chemikalien (also in welcher Reihenfolge der Überprüfungsmechanismus erfolgen soll). Allerdings schlug Sacconi vor, das Datum der nächsten Überprüfung von REACH vorzuziehen und dann möglicherweise andere Formen der Priorisierung zu finden. Den britisch-ungarischen Vorschlag "eine Substanz - eine Registrierung", mit dem die Unternehmen sich die Kosten für die Registrierung eines Stoffes teilen können, findet er unterstützenswert.

Erste Lesung im Parlament im Oktober

Die Abstimmung des Sacconi-Berichts im Umweltausschuss soll voraussichtlich im September, die erste Lesung im Parlament im Oktober stattfinden. Nach Informationen der Luxemburgischen Präsi-

¹ Gefährliche Chemikalien sollen durch ungefährliche ersetzt werden.

entschaft sei der Rat Ende 2005 bereit für einen Gemeinsamen Standpunkt. Diskutiert werden soll REACH im Wettbewerbs- und im Umweltrat (6. und 24. Juni).

Industrielobby auf dem Sprung: Einseitige Sicht auf Kostenfrage

Die Industrievereinigung Cefic nahm die wieder angestoßene Debatte um REACH zum Anlass, weiter gehende Vorschläge zum - von Umweltverbänden kritisierten (EUR 03.05, S. 21) - Risiko-basierten Ansatz für die Registrierung von Chemikalien vorzulegen. Es wird ein umkämpftes Jahr werden - denn statt über Gesundheit und Umwelt zu sprechen, wird die Kostenfrage in den Vordergrund gerückt. Wobei immer nur die Frage nach den Kosten für die Unternehmen gestellt wird, die um ihre Gewinnspanne fürchten. Dabei gilt auch hier die alte Forderung nach Internalisierung der externen Kosten. So zitierte Umweltkommissar Stavros Dimas bei einer Rede vor dem Europäischen Gewerkschaftsbund (ETUC) Mitte März Forschungsergebnisse, dass allein das Reinigen und Austauschen von kontaminiertem Boden die EU in den nächsten Jahren 7,5 Mrd. Euro kosten wird. Kosten, die gespart werden könnten, wenn eine strenge Chemikalienpolitik in der EU schon selbstverständlich wäre.

Gesundheit und Umweltschutz müssen Ziel von REACH sein

Nach Angaben von ETUC werden 30 % aller Erkrankungen von europäischen Arbeiter/innen durch den Einfluss giftiger Chemikalien ausgelöst. Dazu gehören Krebs, Nervenleiden und Atemwegserkrankungen. Auf die durch Chemikalien ausgelösten Krankheiten geht auch eine neue Broschüre ("Krank durch Chemikalien") von Umwelt- und Gesundheitsorganisationen ein, die diese an die Europaparlamentarier/innen gesandt haben, um sie an den enormen gesundheitlichen Nutzen einer starken REACH-Verordnung zu erinnern. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

• Weitere Informationen

Quellen: www.europa.eu.int/rapid (Reference SPEECH/05/169), Environment Daily, 14./16.3.2005
Sacconi-Bericht im Internet (deutsch): www.europarl.eu.int/meetdocs/2004_2009/documents/PR/557/557575/557575de.pdf

Luftverschmutzung führt zu vorzeitigen Todesfällen

Lebenserwartung in der EU sinkt um durchschnittlich neun Monate

Eine Studie der EU-Kommission belegt die Gefährlichkeit von Luftverschmutzung durch erschreckende Zahlen. Besonders gesundheitsschädlich sind Schwebstoffe: allein in Deutschland sterben dadurch rund 65.000 Menschen vorzeitig. Über 310.000 Europäer/innen sterben pro Jahr durch Krankheiten, die durch Luftverschmutzung ausgelöst worden sind. Jeder Europäer bleibe im Durchschnitt einen halben Tag pro Jahr wegen luftverschmutzungsbedingter Krankheiten der Arbeit fern, wodurch der Wirtschaft Kosten von mehr als 80 Mrd. Euro entstünden.

Es bestehen allerdings deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Besonders betroffen sind die Beneluxländer, Norditalien sowie neue Mitgliedsstaaten wie Polen und Ungarn. Die durchschnittliche Verkürzung der Lebenserwartung sei in Belgien und den Niederlanden mit 13 Monaten am größten. Am wenigsten betroffen seien die Finnen, die im Schnitt nur drei Monate verlieren, gefolgt von den Iren mit vier Monaten. Der Durchschnitt liege bei einer Verkürzung von etwa neun Monaten Lebenszeit.

Vorzeitige Todesfälle durch Schwebstoffe	
Deutschland	65.088
Italien	39.436
Frankreich	36.868
Großbritannien	32.652
Polen	27.934
Spanien	13.939
Niederlande	13.123
Ungarn	11.067
Belgien	10.669
Tschechien	7.996
Österreich	4.634

(jg) ■

• Weitere Informationen

World Carfree Network (WCN), Kratká 26, CZ - 100 00 Praha 10
Tel. 00420 274 81-0849, Fax -6727
eMail: info@worldcarfree.net
www.worldcarfree.net
Quellen: BBC-Meldung von WCN und <http://news.independent.co.uk/uk/environment/story.jsp?story=612888>

Hohe Teilnahme an Konsultation zu Luftqualität

Europäische Kommission stellt erste Ergebnisse vor

Im Februar hat die EU-Kommission Vertreter/innen der Mitgliedstaaten erste Ergebnisse der Befragung der Öffentlichkeit zur Luftverschmutzung vorgestellt. Mit mehr als 11.500 Antworten war die Beteiligung der Bürger/innen so hoch wie noch nie, wobei die meisten als Privatpersonen geantwortet haben. Besonders hoch war die Beteiligung in Portugal und den neuen Mitgliedstaaten.

Hohe Bereitschaft selbst etwas zu tun

69 % der Befragten gaben an, ihr Auto bei hoher Verschmutzungslage stehenlassen zu wollen. 41 % sind bereit, mehr für umweltfreundlichere Produkte und Dienstleistungen zu zahlen, weitere 37 % könnten sich das zumindest vorstellen. Umweltschäden werden als etwas bedenklicher als Gesundheitsrisiken eingestuft, der Verkehr als schwerwiegenderer Verursacher als die Industrie. Die Mehrheit der Bürger/innen fühlt sich nicht ausreichend informiert über Luftqualität und deren mögliche Folgen. Die meisten finden Luftqualität ebenso wichtig und ebenso regelungsbedürftig wie Trinkwasserqualität. Dies sei aber schwerlich zu erreichen, zitiert Environment Daily einen Kommissions-Sprecher. (jg) ■

• Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 23.2.05
Ergebnisse der Umfrage:
www.europa.eu.int/comm/environment/air/cafe/pdf/air_pollu_en.pdf
Powerpoint-Präsentation
www.environmentdaily.com/docs/50223a.ppt

Grenzwerte für Ozon-Vorläufersubstanzen

Göteborg-Protokoll tritt am 17.5. in Kraft

Nach der Unterzeichnung Portugals soll am 17. Mai das Göteborg-Protokoll¹ in Kraft treten. Das inzwischen achte Protokoll der UNECE²-Konvention über weiträumige, grenzüberschreitende Luftverunreinigung (CLRTAP) setzt Grenzwerte für Schwefeloxide, Stickoxide, flüchtige organische Verbindungen und Ammonium fest. Diese Stoffe gelten als Ozon-Vorläufersubstanzen. Bis zum Jahre 2010 soll im Geltungsbereich der UNECE die SO_x-Zufuhr um 63 %, die NO_x-Zufuhr um 41 %, die VOC-Zufuhr um 40 % und die Ammonium-Zufuhr um 17 % gesenkt werden.

Geringe Auswirkungen vermutet - trotzdem wichtig

Als Folge dieser Emissionsbeschränkungen soll die Versauerung des Bodens, die Eutrophierung und die Zahl der Grenzwertüberschreitungen von bodennahem Ozon gesenkt werden. Die Auswirkung des In-Kraft-Tretens sind jedoch gering. In allen 25 EU-Mitgliedstaaten gelten bereits ähnliche oder strengere Emissionsstandards.

Das Europäische Umweltbüro als NGO-Dachverband hält das In-Kraft-Treten trotzdem für wichtig, weil das Protokoll mehr als die EU-25-Staaten umfasst (31 Unterzeichnungen, 16 Ratifikationen) und weil besonders die Landwirtschaft durch die Protokoll-Bestimmungen zur Ammonium-Reduktion angehalten wird. (ks, jg) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro, Kerstin Meyer, Referentin für Luftqualität, Lärm und städtische Umwelt, Bvd de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 2891-307, Fax -099
eMail: kerstin.meyer@eeb.org
www.eeb.org

Quellen: Environment Daily, 4.3.2005, www.unece.org/env/lrtap/status/lrtap_s.htm

¹ auch "Gothenburg-Protokoll" nach dem englischen Namen für die schwedische Stadt

² UN Economic Commission for Europe - "UN-Wirtschaftskommission für Europa"

Umweltausschuss für strengere Schwefelgrenzwerte

EU-Parlamentarier/innen wollen weniger schädliche Schiffskraftstoffe

Seit 2002 streiten sich das Europäische Parlament (EP) und der (Minister-)Rat um den Vorschlag der EU-Kommission zur Reduktion von Schwefel in Schiffskraftstoffen. Es gab Änderungsvorschläge des EP in erster Lesung, einen Gemeinsamen Standpunkt des Rates - und nun eine Entscheidung des EP-Umweltausschusses in dieser Sache.

Dem Vorschlag der finnischen Berichterstatterin Satu Hassi (Grüne/EFA) mit 35:17:2 Stimmen folgend, forderten die Ausschuss-Mitglieder für alle Schiffe in Ost- und Nordsee sowie im Ärmelkanal und für Passagierschiffe auf allen EU-Gewässern eine Reduktion des Schwefelgehaltes auf 0,5 % ab 2010. Der Rat hatte in seinem Gemeinsamen Standpunkt einen Grenzwert von 1,5 % gefordert. Wenn das Europäische Parlament im April dem Umweltausschuss folgt, ist wiederum der Rat gefragt. Sollte der mit den Änderungsvorschlägen nicht einverstanden sein, könnte das Verfahren im Vermittlungsausschuss landen.

Die Emissionen des Schiffsverkehrs sind in den letzten zehn Jahren um 30 % angestiegen: Schwefeldioxid, Stickoxide und Rußpartikel gefährden Umwelt und Gesundheit, erzeugen sauren Regen und übersäuern Böden und Gewässer besonders in Küstenregionen, aber auch im Landesinneren. Das Europäische Umweltbüro, das schwedische Sekretariat von Acid Rain und weitere Umweltverbände kämpfen seit Jahren um strenge Grenzwerte. (jg) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Satu Hassi, Rue Wiertz, ASP 08G169, B-1047 Brüssel
Tel. 0032 2 / 284-5437, Fax -9437
eMail: shassi@europarl.eu.int

Newsticker

Umweltgifte erhöhen Parkinson-Risiko

Polychlorierte Biphenyle (PCB) und Pestizide können das Risiko erhöhen an Parkinson zu erkranken. Dies ist das Ergebnis einer Studie der Universität von Rochester. Bei der Parkinson-Krankheit ist der Botenstoff Dopamin in unzureichender Menge im Gehirn der Patienten vorhanden. Laut Studie schädigen PCBs Dopamin produzierende Zellen im Gehirn. Auch ein in der Landwirtschaft verwendetes Fungizid (Maneb) greift diese Zellen an und macht sie "anfälliger gegenüber Schäden durch den normalen Alterungsprozess, eine Infektion oder weitere Schadstoffe", berichtet der Internetdienst geoscience-online. (jg)
www.g-o.de/index.php?cmd=wissen_details&id=2354&datum=2005-02-10

"Pestizidhersteller auf Charme-Offensive"

Unter diesem Titel berichtet der Umweltinformationsdienst Environment Daily von einer neuen Public-Relations-Kampagne der europäischen Pestizidhersteller. Diese versuchten ihren Beitrag zu Nachhaltiger Entwicklung ins Bewusstsein zu bringen. In der zweiten Hälfte des Jahres will die EU-Kommission ihre Pestizid-Strategie auf den Weg bringen. Die Europäische Vereinigung zum Schutz der Ernte (ECPA) startete Anfang Februar die Kampagne "Common Ground" (siehe auch S. 16). (jg)
Quelle: Environment Daily, 17.2.2005

Weniger Schwefel in Kraftstoffen

Eine Studie der EU-Kommission über die Qualität von Kraftstoffen hat für 2003 einen deutlichen Trend zu weniger Schwefel in Kraftstoffen festgestellt. Außer in Frankreich enthielt der Ottokraftstoff im EU-Durchschnitt 31 ppm (parts per million), der Diesel 102 ppm Schwefel. Das ist eine Halbierung im Vergleich zu 2001. Bis 2009 muss schwefelfreier Kraftstoff (max. 10 ppm Schwefel) überall in der EU erhältlich sein. (jg)
<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/05/st07/st07156.de05.pdf>

Strengere Regeln für

Traktor-Emissionen in Kraft getreten

Strengere Regeln für Emissionen aus land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen sind im März in Kraft getreten. Es geht besonders um die Reduktion von Stickstoffoxid-Emissionen, die je nach Fahrzeugtyp ab dem nächsten oder den

folgenden Jahren bestimmten Forderungen genügen müssen. (jg)
www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de
(Amtsblatt 1.3.2005, L055, S. 35)

USA wollen Quecksilberausstoß von Kohlekraftwerken per Gesetz regeln

Mitte März haben die USA eine Gesetzesregelung zur Reduktion von Quecksilberemissionen aus kohlebetriebenen Kraftwerken auf den Weg gebracht. Wenn sie vollständig umgesetzt ist, sollen - gemessen an 1999 - 70 % des Ausstoßes an Quecksilber reduziert werden. (jg)
Quelle: www.epa.gov (Pressemitteilung 15.03.05)

Stickoxid-Ausstoß in Österreich angestiegen

Das österreichische Umweltbundesamt hat Mitte Februar die Ergebnisse der Luftschadstoff-Inventur präsentiert: Von 2002 auf 2003 sind die Stickoxid-Emissionen um 4,2 % angestiegen. Das Amt ortet die Hauptverursacher im Straßenverkehr und bei der Energieerzeugung. Die für das Jahr 2010 in einer EU-Richtlinie festgelegte Emissionshöchstmenge für Österreichs Stickoxide werde damit 2003 um mehr als das Doppelte überschritten. (jg)
www.umweltbundesamt.at/presse/lastnews/newsarchiv_2005/news050215

Madrid verstößt zum vierten Mal in Folge gegen Luftqualitätsvorschriften

Die spanische Umweltorganisation "Ecologistas en acción" hat einen Luftqualitätsbericht über die Luftbelastungen der spanischen Hauptstadt veröffentlicht. Wer seinen Urlaub in Madrid plant, kann sich vorher (auf englisch, spanisch und französisch) informieren, wo die Luft am schlechtesten ist. (jg)
Quelle: www.ecologistasenaccion.org/article.php?id_article=1363
■

Besserer Klimaschutz nach 2012?

Ministerrat will weiter reichende Ziele als EU-Kommission

Auf ihrer Ratstagung am 10. März haben sich die EU-Umweltminister/innen auf CO₂-Reduktionsziele für die künftige europäische Klimaschutzstrategie verständigt. Diese gehen über die Vorschläge der EU-Kommission hinaus. Bis 2020 sollen die CO₂-Emissionen um bis zu 30 Prozent und bis 2050 um bis zu 80 Prozent verringert werden.

Am 9. Februar hatte die Kommission ihre Vorschläge für die Klimaschutzstrategie nach 2012 vorgestellt (EUR 03.05, S. 23). Die Kommission legte in ihrer Mitteilung "Strategien für eine erfolgreiche Bekämpfung der globalen Klimaänderung" jedoch keine Reduktionsziele fest. Im Mittelpunkt der Mitteilung stand das Bemühen, die USA und Australien sowie Schwelkenländer wie China, Indien und Brasilien für den Klimaschutz zu gewinnen. Die Kommission will außerdem die Luft- und Schifffahrt in die Strategie einbinden. Die Weigerung der Kommission, sich auf konkrete Ziele festzulegen, wurde von Umweltverbänden scharf kritisiert.

Auch der Rat formuliert keine verbindlichen Reduktionsziele

Der Rat hat sich nun zwar auf ehrgeizige Soll-Ziele verständigt, konkrete Aussagen für die Zeit nach Auslaufen des Kioto-Protokolls 2012 blieben die Minister allerdings schuldig. Im Ringen um ein über Kioto hinausgehendes Klimaziel einigten sich die EU-Staaten auf einen schwammigen Kompromisstext. Er sieht einen möglichen Korridor für den Abbau von Treibhausgasen vor, den die Mitgliedstaaten "in Erwägung ziehen" sollen. Demnach soll die EU ihre Emissionen bis 2020 um 15 bis 30 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 verringern und bis 2050 um 60 bis 80 Prozent. Allerdings wollen die Umweltminister diese Vorgaben "flexibel" handhaben und zunächst mit "anderen großen Verschmutzern" verhandeln. In erster Linie sind hiermit die USA gemeint, die mit möglichst flexiblen Vorgaben geködert werden sollen.

Greenpeace begrüßte die Entscheidung des Ministerrates. Die dort empfohlenen Reduktionsziele würden mit dem EU-Ziel, den weltweiten Temperaturanstieg auf zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen

Niveau zu beschränken, übereinstimmen. Der Beschluss mache außerdem Hoffnung, dass die EU ihre Vorreiterrolle im Klimaschutz fortsetze.

Kioto-Protokoll nur ein unzureichender erster Schritt

Seit Beginn der Industrialisierung ist die globale Mitteltemperatur um 0,7 Grad angestiegen. Nach Meinung des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) darf die Weltdurchschnittstemperatur um maximal zwei Grad ansteigen, um dramatische Schäden zu verhindern. Um die Erderwärmung auf ein akzeptables Maß zu beschränken, müssten die CO₂-Emissionen bis 2050 um 45 bis 60 Prozent reduziert werden - in den Industrieländern sogar um 70 bis 80 Prozent. Die Prognosen des Sekretariats der Klimarahmenkonvention gehen aber von einem Plus von mehr als 11 Prozent bis 2010 aus. In den USA, die das Kioto-Protokoll nicht ratifiziert haben, werden die Emissionen voraussichtlich um 34 Prozent ansteigen.

EU muss Vorreiter bleiben

Das Kioto-Protokoll sieht für die Periode 2008 bis 2012 eine Emissionsminderung von minus 5,2 Prozent vor. Selbst wenn die Kioto-Verpflichtungen eingehalten werden, ist das Protokoll nur ein erster unzureichender Schritt, um das Klima zu stabilisieren. Wir brauchen dringend eine Fortentwicklung des Kioto-Protokolls und eine Verschärfung der Reduktionsziele für 2020. Ein erster Schritt dahin wäre ein ehrgeiziges europäisches Reduktionsziel für die Zeit nach 2012. Die EU-Staats- und Regierungschefs sind daher aufgefordert, auf ihren Frühjahrsgipfel am 22. und 23. März ein solches Ziel in eine Post-2012-Strategie zu integrieren. Bis 2020 müssen die Treibhausgase um mindestens 30 Prozent gesenkt werden. ■

Autorin: Tinka Lutz, DNR Berlin

• Weitere Informationen:

Greenpeace European Unit, Mahi Sideridou, Belliardstraat, 199, B-1040 Brüssel
Tel. 0032 2 / 2741904
eMail: european.unit@diala.greenpeace.org
<http://eu.greenpeace.org>

Deutsch-amerikanisches Klimaschutzprogramm

Bush räumt Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen ein

Anlässlich des jüngsten Besuches des US-Präsidenten George W. Bush haben die bundesdeutsche und die US-Regierung am 23. Februar ein gemeinsames Aktionsprogramm für umweltfreundliche und effiziente Energie, Entwicklung und Klimaschutz unterzeichnet. Das Programm wurde von Umweltgruppen als bemerkenswerte Umstellung der US-amerikanischen Rhetorik zum Klimaschutz gewertet. Begrüßenswert sei, dass das Papier den Klimaschutz in den Kontext von Entwicklung und Armutsbekämpfung stelle und die Notwendigkeit von Energieeffizienzsteigerungen sowie der Förderung von Erneuerbaren Energien unterstreiche. Noch sei allerdings unklar, ob es sich bei dem Programm nur um bloße Lippenbekenntnisse handle - es hatte keine konkreten Aktivitäten angekündigt.

USA müssen verbindliche Klimaschutzziele formulieren

Die deutsch-amerikanische Initiative könne die Diskussion über zukünftige Klimaschutzziele nicht ersetzen, so Umweltverbände. Die USA stünden dabei als weltweit größter Verursacher des Klimawandels in besonderer Verantwortung. Es sei nicht länger hinnehmbar, dass ein US-Bürger bei gleichem Lebensstandard im Schnitt 2,5- bis dreimal so viele Treibhausgase verursache wie ein Europäer.

Ohne USA ist das Klima nicht zu retten

Ohne die USA wird es kaum möglich sein, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts unter zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten. Zudem werden die Entwicklungsländer nach übereinstimmender Auffassung keine Reduktionsverpflichtungen eingehen, wenn die Industrieländer nicht mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass verantwortliche Klimaschutzpolitik mit wirtschaftlichen Zielen vereinbar und win-win-Lösungen möglich sind. (tl) ■

• Weitere Informationen:

Germanwatch, Christoph Bals, Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. 0228 / 60492-17, Fax -19
eMail: riok Konkret@germanwatch.org

Emissionshandel: Zertifikats-Zuteilung fast abgeschlossen

Pläne sehen aber nur drei Prozent Reduktion vor

Bislang warten nur noch Italien, Griechenland und Tschechien auf die Genehmigung ihrer Nationalen Allokationspläne (NAP) durch die EU-Kommission. Der Prozess der Zuteilung von Emissionslizenzen ist damit fast abgeschlossen.

Die in den Plänen festgeschriebenen Emissionshöchstgrenzen sind jedoch so hoch, dass nur ein geringer Klimaschutzeffekt erwartet werden kann. Der europäische Handel mit Treibhausgasen sollte das wichtigste Instrument zur Erreichung des im Kioto-Protokolls festgeschriebenen Reduktionsziel für die EU von minus acht Prozent (minus sechs Prozent für Polen und Ungarn) werden. Die bereits genehmigten 22 Pläne sehen bisher aber lediglich eine Emissionsminderung von minus drei Prozent bzw. eine Reduktion um 188 Millionen Tonnen Treibhausgasen in den nächsten drei Jahren vor. Nur einige neue Mitglieder sehen gravierende Emissionsreduktionen vor, zum Beispiel Lettland mit minus 29 Prozent, Polen mit minus 16 Prozent und die Slowakei mit minus 14 Prozent. Ohne diese hohen Reduktionsziele der neuen Mitglieder könnten die Emissionssteigerungen in einigen alten EU-Mitgliedern nicht ausgeglichen werden.

Täglich werden bis zu eine Million CO₂-Lizenzen gehandelt

In fünf Ländern wurden mittlerweile elektronische Emissionshandelsregister eingeführt, die den Handel mit Treibhausgasen kontrollieren. Hier wird der Besitz von Zertifikaten registriert. Die Kommission erwartet, dass bis Ende April alle 25 Mitglieder über ein solches System verfügen. Ohne Register können Spotmärkte¹ nicht handeln.

Gegenwärtig werden täglich zwischen 500.000 und einer Million Tonnen CO₂-Lizenzen gehandelt. Das gesamte Handelsvolumen wird voraussichtlich ca. 1,7 Milliarden Euro jährlich betragen. Im Feb-

ruar kostete die Lizenz für eine Tonne CO₂ etwa 11 Euro. Bisher handelt aber nur ein kleiner Teil der in das Emissionshandelsystem integrierten Firmen. Die meisten kaufen und verkaufen Lizenzen, um den Wert ihrer Lizenzen zu steigern und nicht, um die Emissionsobergrenze nicht zu überschreiten. Bisher werden die Lizenzen über zehn Broker und fünf Handelsplattformen gehandelt.

Norwegen will sich als erstes Nicht-EU-Land anschließen

Norwegen, das kein EU-Mitglied ist, wird sich voraussichtlich bald am europäischen Emissionshandelssystem beteiligen. Hingegen wird sich Kanada wahrscheinlich nicht anschließen. Die Position von Japan ist noch nicht eindeutig. (tl) ■

- **Weitere Informationen:**

Quelle: Environment Daily 14.03.05

Wohin mit dem Atommüll?

EU-Staaten sollen schnellstmöglich geeignete Endlager errichten

Die EU-Kommission drängt die EU-Mitglieder Lagerstätten für die dauerhafte und sichere Lagerung von Atommüll einzurichten. Der neue EU-Energiekommissar Andris Piebalgs beklagte sich, dass der Prozess zu langsam vorankommt. Piebalgs befürwortet die Einlagerung in tiefe geologische Gesteinsschichten, die nach heutigem Stand der Technik als sicherste Barriere gelten.

Piebalgs setzt Politik von de Palacio fort

Piebalgs setzt damit die Politik seiner Vorgängerin Loyola de Palacio fort. De Palacio hatte 2002 in ihrem so genannten Nuklearpakt bindende Zeitpläne für die Erschließung von Endlagern vorgeschlagen. Die Mitglieder sollten bis spätestens 2008 die Wahl für einen Endlagerstandort für hoch radioaktive Abfälle getroffen haben, bis 2018 sollten die Lager betriebsfähig sein.

Erfolgreiche Proteste gegen Zeitdruck

Nach Protesten von mehreren Mitgliedern musste de Palacio ihre Pläne aber aufgeben. Das Energiepaket ist auch von den Umweltverbänden abgelehnt worden, da sie befürchteten, dass der Zeitdruck zu Lasten der Sicherheit gehen würde. Auch die deutsche Bundesregierung lehnte den straffen Zeitrahmen ab, da er sich nicht mit dem von der Koalition beschlossenen demokratischen Mitbestimmungsrechten bei der Suche nach Endlagern vereinbaren ließ.

Schützenhilfe erhält Piebalgs von Teilen der Generaldirektion Energie. Je länger die Erschließung von Endlagern hinausgeschoben würde, desto stärker werde der Widerstand gegen Endlager zunehmen und die Weiternutzung der Atomenergie gefährdet. Deshalb müssten so schnell wie möglich Endlager errichtet werden. Umweltverbände argumentieren hingegen, dass es keine sicheren Lagerplätze für jahrtausendlang strahlenden Abfall gibt, und fordern den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie. (tl) ■

- **Weitere Informationen:**

Quelle: Environment Daily 1.3.2005

¹ Spotmärkte sind Energiemärkte, bei denen das kurzfristige Angebot oder die kurzfristige Nachfrage nach Strom über Nacht gedeckt wird. Für "Verkäufer" bietet sich hier die Möglichkeit, anfallende Überschüsse abzusetzen, die "Käufer" können günstige Angebote wahrnehmen und einer eventuellen Knappheit begegnen. Die Preise schwanken stark.

Baugenehmigung für neuen Atomreaktor in Finnland

Verdacht der illegalen Förderung durch öffentliche Gelder

Die finnische Regierung hat den Bau eines neuen europäischen Druckwasserreaktors (EFR) genehmigt. Der Reaktor wird weltweit der erste seines Typs und das erste europäische Neubauprojekt seit Jahrzehnten sein.

Die private Investorengruppe TVO erhielt die Bau-Erlaubnis, obwohl die EU-Kommission das Projekt derzeit noch untersucht. Das Projekt steht unter dem Verdacht der illegalen Staatsfinanzierung. Die Kommission prüft außerdem, ob der Reaktor den Sicherheitsanforderungen entspricht.

Die Kommission untersucht den Fall aufgrund von Hinweisen von Greenpeace und der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien (EREF). Die Verbände kritisieren, dass das Projekt mit illegalen privaten und öffentlichen Geldern, niedrigen Zinsen und Exportkrediten gefördert wird. Involviert seien sowohl französische als auch deutsche Unternehmen und Banken, darunter Siemens und die Bayerische Landesbank. Kritisiert werden auch die millionenschweren staatlichen Beihilfen für die französische Atomindustrie - die den Großteil des Reaktors produziert.

Unzureichende Sicherheitsstandards, mehr Atommüll als üblich befürchtet

Greenpeace beschuldigt die finnische Regierung, mit der übereilten Genehmigung den Protest gegen den Reaktor zum Stillschweigen bringen zu wollen, um die Kosten für den Investor zu drücken. Die Umweltorganisation befürchtet, dass der EFR mehr atomaren Abfall produzieren wird als alle andere Reaktortypen. Zudem bringe der Betrieb zu viele Risiken mit sich. Ein Unfall würde mehr Radioaktivität freisetzen und damit schwerer wiegende Auswirkungen haben als der Unfall in Tschernobyl 1986. (tl) ■

• Weitere Informationen:

Greenpeace, European Unit
Tel. 0032 2 / 274 1903
<http://eu.greenpeace.org>

Newsticker

Klimawandel ist menschengemacht

Eine neue Studie liefert zusätzliche Belege dafür, dass der Mensch die Haupttriebkraft für die globale Erwärmung ist. Wissenschaftler fanden heraus, dass der Anstieg der Ozeantemperatur in den letzten 40 Jahren und der Anteil an Treibhausgasen in der Atmosphäre deutlich korrelieren. Das widerlege das zentrale Argument von Klimaskeptikern, der Klimawandel sei ein natürliches Phänomen. Der Anstieg der Ozeantemperatur könne nicht auf natürliche Ursachen zurückgeführt werden, so die Wissenschaftler. Sie hoffen, dass die Ergebnisse der Studie George W. Bush überzeugen, seine Einwände gegen Koto fallen zu lassen. (tl)

Quelle: Süddeutsche Zeitung 22.02.05

Schmelzende Himalaya-Gletscher bedrohen Millionen Menschen

Eine WWF-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass nirgendwo auf der Welt die globale Klimaerwärmung die Gletscher schneller zum Schmelzen bringt als im Himalaja. Es drohten weit reichende Folgen für mehrere hundert Millionen Menschen in China, Indien und Nepal: Die schmelzenden Gletscher könnten die Wasserversorgung in weiten Teilen der Länder gefährden. Laut der Studie gehen die Gletscher der Region durchschnittlich um zehn bis 15 Meter im Jahr zurück. Sieben der größten Flüsse Asiens (Ganges, Indus, Brahmaputra, Mekong, Jangtse, Huang He und Salween) werden von den Himalaja-Gletschern gespeist. Millionen Menschen leben an und von den Flüssen. Sollten die Gletscherwasser versiegen, könnten Felder nicht mehr bewässert, Wasserkraftwerke nicht mehr effizient betrieben werden. (ng) www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02356

China: Erneuerbare-Energien-Gesetz

Der chinesische Volkskongress hat im Februar das erste Erneuerbare-Energien-Gesetz verabschiedet. Es soll 2006 in Kraft treten und dabei helfen, das auf der Renewables-Konferenz 2004 in Bonn angekündigte Ziel Chinas zu erfüllen, bis 2010 ein Zehntel des Strombedarfs mit Sonne-, Wind- und kleineren Wasserwerken zu erzeugen. Netzbetreiber müssen den gesamten in ihren Versorgungsgebiet erzeugten Ökostrom zu festgelegten Preisen abnehmen. Die Mehrkosten werden auf alle Energieversorger umgelegt. Das Gesetz regt zudem die Ölvertriebsgesell-

schaften an, mehr Biokraftstoffe zu verkaufen. China leidet unter Energiemangel. Rund 30 Millionen Menschen in abgelegenen Gebieten sind ohne Stromanschluss. Erneuerbare Energien könnten diese Gebiete günstig mit Strom und Wärme versorgen. (tl)

Quelle: Greenpeace international, Tel. 0031 20 / 5148150

Norwegen strebt emissionsarme Zukunft an

Der norwegische Umweltminister Hareide prüft Möglichkeiten, bis 2050 aus Norwegen eine emissionsarme Gesellschaft zu machen. Ein dafür eingerichteter Ausschuss soll in 18 Monaten verschiedene Strategien ausarbeiten, um die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 50 bis 80 Prozent zu reduzieren. Die Strategien sollen sowohl auf technischen Entwicklungen als auch auf veränderten Produktions- und Konsummustern beruhen. (tl)

Quelle: Environment Daily 17.2.2005

Großbritannien gibt im Emissionshandelsstreit nach

Großbritannien wird auf Druck der EU-Kommission nun doch seinen ursprünglichen Nationalen Allokationsplan (NAP) umsetzen. Die britische Regierung leitete aber rechtliche Schritte gegen die EU-Kommission ein, um höhere Emissionsobergrenzen durchzusetzen. Der Streit hatte begonnen, nachdem London die Emissionsobergrenzen aus seinem im Juli 2004 genehmigten NAP ohne Absprache nach oben korrigierte - von 736 auf insgesamt 756 Mio. t (EUR 12.04/01.05, S. 17). Begründet wurde das großzügige Geschenk an die Wirtschaft mit einer unerwartet starken Zunahme der Stromnachfrage und neuen Prognosen über den CO₂-Ausstoß von Kohle- und Gaskraftwerken. Der Fall geht nun vor den Europäischen Gerichtshof. (tl)

Quelle: Euractiv 13.03.05

EU soll Energiespar-Potentiale bei Geschirrspülern einfordern

Die belgische Verbraucherorganisation ANEC setzt sich bei der EU-Kommission für Mindestanforderungen an den Energieverbrauch von Geschirrspülmaschinen ein. Dies soll die ineffizientesten 20 % aller Geräte vom Markt drängen. Hintergrund sind die laufenden Verhandlungen über eine Verordnung für Energie nutzende Produkte (EuP-Verordnung). (du) www.anec.org, Tel. 0032 2/ 7432470 ■

Finanzierung von Natura 2000 unzulänglich

Parlament fordert per Resolution 21 Mrd. Euro für Biodiversitätsfonds

Das Europäische Parlament hat auf die Einrichtung eines gesonderten EU Biodiversitätsfonds zur Finanzierung des Natura-2000-Netzwerks gedrängt. In einer am 10. März angenommenen Resolution erklärten die Parlamentarier/innen den Vorschlag der EU-Kommission, die Finanzierung von Natura 2000 ausschließlich in die existierenden Struktur- und ländlichen Entwicklungsfonds einzubeziehen, für unzulänglich.

Nach Forderung der Parlamentarier/innen soll die Finanzierung der Schutzgebiete zukünftig neben den EU-Fonds für Landwirtschaft, Ländliche und Regionale Entwicklung sowie Fischerei zusätzlich aus einem im Rahmen des umstrukturierten Life⁺-Programms neu konzipierten Fonds erfolgen, der eine Höhe von mindestens 21 Mrd. für den Zeitraum von 2007-2013 umfassen soll. Die Finanzierung dieses Fonds könne durch die Einbehaltung von Export-Fördermitteln auf Landwirtschaftsprodukte und durch den Transfer eines Teilbudgets der direkten Einkommensunterstützung für Landwirte zu ländlicher Entwicklung sowie durch die Ko-Finanzierung direkter Landwirtschaftseinkommen durch Mitgliedstaaten aufgebracht werden, sagte die Grünen-Abgeordnete Kathalijne Buitenweg. Auf diese Weise könne jedes Jahr 3 Mrd. Euro diesem Finanzierungs-Programm zugeteilt werden.

Umweltverbände und Parlament auf einer Linie

Die europäischen Umweltverbände zeigen sich zufrieden mit der Annahme des Berichts durch das Europäische Parlament, da sich ihre Forderungen mit dessen Inhalten weitgehend decken:

- Zentraler Kritikpunkt der Verbände ist, dass wichtige Natura-2000-Management-Aktivitäten, wie Umweltbildung oder Flächenaufkauf, aufgrund unterschiedlicher Zielsetzungen nicht durch die bestehenden Fonds abgedeckt werden könnten. Ein spezieller Life⁺-Fonds ist also unumgänglich.
- Weitere Übereinstimmungen bestehen in der Forderung, dass die bestehenden EU-Kofinanzierungsfonds für die Belange von Natura 2000 angepasst werden müssen: In die Struktur- und ländlichen Entwicklungsfonds sind Zielvorgaben zu

integrieren, die sich nur auf Natura-2000-Belange beziehen. Ansonsten droht die Gefahr, dass die Gelder weiterhin ausschließlich für Belange der Landwirtschaft etc. genutzt werden. Zusätzlich gestützt werden soll dies durch einen noch festzulegenden Mindestprozentanteil des Fonds, der für Naturschutzzwecke auszugeben ist, sowie nationale Finanzierungspläne für Natura 2000, die Voraussetzung für die Freigabe von Strukturfonds-Mitteln sind.

- Letzter Punkt ist die besondere Rolle der Natura-2000-Meeresschutzgebiete, für deren Finanzierung die EU-Fischereifonds angepasst werden müssen.

Das Parlament und auch die Umweltverbände erwarten nun von der Kommission und dem Ministerrat, dass ihre Erwartungen erfüllt werden. (bv) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro, Pieter de Pous, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 289109-1306, Fax -9
eMail: pieter.depous@eeb.org
www.eeb.org

Bericht der Parlaments-Berichtsterstatin Margrete Auken:
www.europarl.eu.int (A6-0049/2005)
Environment Daily, 11.3.2005

Presseservice der Grünen/EFA im Europäischen Parlament, PHS 2C037, B-1047 Brüssel
Tel. 0032 2 / 284-1667, Fax -4944
eMail: dconnon@europarl.eu.int
www.greens-efa.org

Aktionsplan Wald angekündigt

EU-Kommission kann aber kaum konkrete Maßnahmen vorschlagen

Die Europäische Kommission will im kommenden Jahr einen Aktionsplan für nachhaltiges Waldmanagement vorlegen. Die Ankündigung erfolgte im Rahmen der Überprüfung der EU-Forststrategie von 1998. Da für Forstangelegenheiten die Mitgliedstaaten zuständig sind, gibt es kaum konkrete Maßnahmen, die die Kommission vorschlagen kann. Aus diesem Grund wird der angekündigte Aktionsplan nicht mehr beinhalten als das Angebot einer weiter reichenden Koordination zwischen den EU-Politiken. Bereits existierende Initiativen, wie die Verordnung über Umweltforst-Monitoring "Forest Focus" der EU, könnten laut Kommission um sozio-ökonomische Elemente erweitert werden.

Die Kommission benennt verschiedene politische Prioritäten für den Aktionsplan, die weitere Kartierungen, Studien und Monitoring der Forstbiodiversität sowie eine stärkere Nutzung von Holz als Energiequelle mit einschließen. Sie bezeichnet es als notwendig, die Konsumenten über die Vorteile von Holz aus nachhaltiger Waldwirtschaft zu informieren. Der Aktionsplan wird jedoch keine Intervention der EU in die Zertifizierung nachhaltiger Forste beinhalten. (bv) ■

• Weitere Informationen:

Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 299 111
www.europa.eu.int/comm

Quelle: Environment Daily, 15.3.2005

NGOs kritisieren desolate griechische Naturschutzpolitik

Naturschutzgebiete nur auf dem Papier

Mit über 17.000 Unterschriften haben sich die Umweltorganisationen Euronatur und Medasset (Organisation zum Schutz von Meeresschildkröten) an den griechischen Premierminister Kostas Karamanlis gewandt, der nationalen Naturschutzpolitik "endlich Leben einzuhauchen". Diese befinde sich seit langen in einer "desolaten Situation": Es mangle an einem rechtlichen Rahmen zur Durchsetzung der Naturschutzgesetze und vor allem fehle es an Geld für die Schutzgebietsverwaltungen und das Management.

Vor einem Jahr musste bereits der (auf Druck der EU) gegründete Nationalpark des Landes auf der Insel Zakynthos schließen, da die notwendigen Gelder nicht ausgezahlt wurden. Die anderen Parke sind von ähnlichem Schicksal bedroht. Mittlerweile macht die EU-Kommission Druck: Sollte die griechische Regierung nicht bis zum 15. März eine neue Verwaltung für den Park eingesetzt haben (im Sommer werden ihn geschützte Seeschildkröten zur Eiablage aufsuchen) und ausreichend Geld zur Verfügung stellen, wird der Fall an den Europäischen Gerichtshof weitergegeben. (tf) ■

• Weitere Informationen:

Euronatur - Stiftung Europäisches Naturerbe, Konstanzer Str. 22, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9272-0, Fax -22
eMail: info@euronatur.org
www.euronatur.org

Giftködern bedrohen seltene Tierarten

Umweltstiftung ruft EU zum Handeln auf

In Spanien ausgelegte Giftködern stellen für viele aus Mitteleuropa kommende Zugvögel wie Rot- und Schwarzmilan, aber auch für seltene Tierarten wie Kaiseradler, Mönchsgeier und den Braunbären eine massive Bedrohung dar. Darauf hat die Umweltstiftung Euronatur hingewiesen.

"Auch wenn die Tiere nach spanischem Recht und nach den Bestimmungen der Europäischen Union unter Schutz stehen, werden diese in abgelegenen Gegenden noch immer illegal mit ausgelegten Giftködern verfolgt", so Euronatur-Präsident Claus-Peter Hutter. Es fehle an Aufklärungsmöglichkeiten und konsequenter Ahndung der "grausamen Tierverfolgung". Viele Wilderer, aber auch unaufgeklärte Landwirte würden in Adlern, Geiern, Luchsen und Braunbären noch immer unliebsame Konkurrenten sehen. Allein zwischen 1990 und 2003 seien in Spanien 6.300 vergiftete Vögel und Säugetiere erfasst worden. Sie Dunkelziffer sei jedoch weit höher, betont Hutter. Nach Angaben von Euronatur sind darunter allein 70 hochbedrohte Kaiseradler und 430 Mönchsgeier gezählt worden.

In einem offenen Brief an EU-Umweltkommissar Stavros Dimas fordert Euronatur jetzt die Durchführung eines grenzüberschreitenden Projekts, um in Pilotregionen Jäger und Bauern davon abzubringen, bedrohte Tiere weiter mit Giftködern zu töten. Damit soll auch die von den betroffenen autonomen Provinzen verabschiedete nationale Strategie gegen den Gebrauch von Giftködern unterstützt werden. Ein entsprechendes Projekt sei jedoch von der zuständigen EU Vergabestelle in Santander - trotz genügend vorhandener Mittel - abgelehnt worden. (bv) ■

• Weitere Informationen:

Euronatur - Stiftung Europäisches Naturerbe, Bahnhofstr. 35, 71638 Ludwigsburg
Tel. 07141- 920321, Fax -901183
eMail: ludwigsburg@euronatur.org
www.euronatur.org

Newsticker

Freier Zugriff auf Informationen zu Biodiversität gefordert

Die Diskussion um den freien Zugriff auf Information und Technologien zum Biodiversitätsschutz hat durch das Treffen des wissenschaftlich-technischen Beratungsausschuss SBSTTA (Subsidiary Body on Scientific, Technical and Technological Advice) der Biodiversitätskonvention in Montreal Ende Februar einen neuen Anstoß bekommen. Für einen effektiven Biodiversitätsschutz werde ein freier Zugang zu Information und Technologie benötigt, sagte Tom Hammond von der World Conservation Union IUCN. (bv) www.iucn.org/info_and_news/press/conservation-commons-02-2004.pdf

Wettbewerb: Forstindustrie präsentiert Langzeitstrategie

Mitte Februar präsentierte die Forstindustrie eine bis 2030 gültige Langzeitstrategie zur Förderung einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Forstindustrie auf europäischem Level. Gleichzeitig wurde eine "technische Plattform" ins Leben gerufen, die im EU-Forschungsbereich dafür sorgen soll, dass öffentlich-private Partnerschaften gefördert werden. Der Forstsektor hat einen Anteil von 8 bis 9 % am EU-Bruttoinlandsprodukt. (bv) Quelle: Euractiv 1.3.2005

UNEP und IUCN wollen enger kooperieren

Am 23. Februar unterzeichneten die Chefs der UN-Umweltbehörde UNEP und der Weltnaturschutzunion IUCN in Nairobi eine neue Kooperationsvereinbarung. UNEP-Direktor Klaus Töpfer und IUCN-Generaldirektor Achim Steiner wollen vor dem Hintergrund wachsender Herausforderungen im Umweltschutz ihre Kräfte bündeln. IUCN und UNEP können auf eine lange Zusammenarbeit zurückblicken, die 1972 mit der Verabschiedung des United Nations Environment Programme begann. Durch die gemeinsame Arbeit wurden unter anderem weltweit Informationen zu Schutzgebieten und Umweltgesetzen zugänglich und nutzbar gemacht. Die Tsunami-Katastrophe habe gezeigt, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit der Organisationen ist, um effektiv reagieren und schnelle Hilfe leisten zu können. (ks) Quelle: UNEP, Tel. 00254 20 / 623292 ■

Konsultation zu Luftverkehr und Klimawandel

Kommentare bis 6.5. erbeten

► Die dramatische Zunahme der Kohlendioxid-Emissionen aus dem Luftverkehr veranlasst die EU, eine Internetbefragung durchzuführen. Die Ergebnisse sollen helfen, die Frage zu beantworten, durch welche wirtschaftlichen Instrumente die Klimawirkungen des Luftverkehrs reduziert werden können. Sowohl Privatpersonen als auch Organisationen sind aufgerufen, sich bis zum 6. Mai an der Konsultation zu beteiligen. Die entsprechenden Fragebögen können im Internet abgerufen werden. (ks) ■

• Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Direktion C - Luft und Chemikalien; Luftqualität und Verkehr, Referatsleiter Peter Gammeltoft, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 29-68695
www.europa.eu.int/rapid (Reference: IP/05/281)

Fragebogen: www.europa.eu.int/comm/environment/vlimat/aviation_de.htm

Konsultation: 10-Jahres-Plan im Automobilbereich

Kommentare bis 15.4. erbeten

► Die EU-Kommission hat Interessengruppen um Kommentare zur Rahmensetzung im Automobilssektor für die nächsten 10 Jahre gebeten ("Automotive Regulatory Framework"). Es sollen langfristig Wachstum und Beschäftigung sowie Wettbewerbsfähigkeit besonders im Vergleich zu den USA und Japan erreicht werden. Wer sich an der Konsultation beteiligen will, muss bis 15. April eine eMail mit dem Betreff "Consultation - Automotive Regulatory Framework" an unten angegebene Adresse schicken. Neben der von der Kommission angestregten öffentlichen Konsultation versucht sich die vom Industriekommissar Günter Verheugen im Januar angeregte Initiative "CARS 21" (EUR 02.05, S. 26) im Empfehlen von Maßnahmen, die die europäische Automobilindustrie weltweit stärken soll.

Themen: Wettbewerb, Umwelt, Sicherheit, bessere Regelungen

Sowohl Verkehrs- und Mobilitätspolitik als auch Umwelt, Forschung und Entwicklung, Steuerfragen, Patentrecht, Wettbewerb und viele andere Aufgabenkreise beeinflussen den Automobilbereich. Besonderer Wert wird während der Konsultation deshalb auf Empfehlungen in den Bereichen - Wettbewerbsfähigkeit
- Straßensicherheit
- Umwelt
- Bessere Regulierungsmethoden gelegt. Am 26. April soll es auch eine mündliche Anhörung zum Thema geben. (jg) ■

• Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Unternehmen, Reinhard Schulte-Braucks, Abteilung Automobilindustrie - F5, B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 295-5882, Fax -0281
reinhard.schulte-braucks@cec.eu.int

www.europa.eu.int/comm/enterprise/automotive/index_de.htm
www.europa.eu.int/comm/enterprise/automotive/pagesbackground/competitiveness

Kommentare an eMail-Adresse:
entr-automotive-industry@cec.eu.int

Ausschuss-Vize: EU hat Verkehrswende aufgegeben

Gilles Savary: "Ich habe den Eindruck komplett manipuliert zu werden"

In einem Interview Ende Februar mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament, Gilles Savary, hat dieser seine Frustration über die EU-Verkehrspolitik zum Ausdruck gebracht. Europas großes Projekt, den Verkehr und Transport langfristig nachhaltig zu machen, sei einfach aufgegeben worden, warnte Savary.

Ende der Weißbuch-Hoffnungen: Europa setzt voll auf Straßenverkehr

Der französische Sozialist kritisierte gegenüber Euractiv, dass die 2001 angekündigte große Verkehrswende ein Wunder sei, auf das man immer noch vergeblich warte. "Allem, was im Weißbuch [der EU-Kommission über Verkehr] stand - einer beachtenswerten und mutigen Analyse - wird nun widersprochen. Die Dynamik heute konzentriert sich im Wesentlichen auf den Straßenverkehr", so der Verkehrsausschuss-Vize.

Eurovignette finanziert neue Straßen

Die Lkw-Maut für die Straßenbenutzung (Eurovignette) finde keinen Abschluss, weil die Regierungen uneins seien, wie das eingenommene Geld ausgegeben werden soll. Das ursprüngliche Ziel, damit verkehrspolitische Alternativen zu finanzieren, sei während der ermüdenden Debatte einfach vergessen worden. Heute sei die Straßenbenutzungsgebühr nur noch zur Finanzierung von neuen Straßen da. Sollte die Regelung so verabschiedet werden, drohe der EU ein "schwerer Verlust ihrer Glaubwürdigkeit".

Befragt zur laufenden Eisenbahn-Liberalisierung, äußerte sich Savary ähnlich pessimistisch: "Ich habe den Eindruck komplett manipuliert zu werden". Die Liberalisierung werden seiner Meinung dazu führen, dass kleine Unternehmen von der Deutschen Bahn oder der französischen SNCF übernommen werden - mit fatalen Konsequenzen für die Arbeitnehmer/innen. Er fordere seit langem ein Impact Assessment - bisher ohne Erfolg. (jg) ■

• Weitere Informationen

Quelle: www.euractiv.com/Article?tcaturi=tcm:31-135904-16&type=News

Verkehrssicherheit bleibt Stiefkind

Lenk- und Ruhezeiten: Nur knappe Mehrheit im Verkehrsausschuss

Mitte März haben die in den Verkehrsausschuss gewählten Abgeordneten nur mit knapper Mehrheit für eine Verbesserung der Lenk- und Ruhezeiten von Fernfahrer/innen gestimmt. "Die Sicherheit auf Europas Straßen scheint etlichen Europa-Abgeordneten weniger wert zu sein als die Interessen der Verkehrslobby", kommentierte die Grünen-Abgeordnete Eva Lichtenberger das knappe Ergebnis. Die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 56 Stunden habe gerade noch den Ausschuss passiert, obwohl die Zahl von Unfällen wegen Übermüdung der Fahrer ständig steige. Die Österreicherin hatte außerdem einen Antrag gestellt, der es ermöglichen würde, in sensiblen Regionen Europas wie beispielsweise in den Alpen strengere Kontrollen durchführen zu können. Nun hofft sie auf eine Mehrheit bei der Abstimmung im Plenum im April.

60 Tipps für die Sicherheit schwacher Verkehrsteilnehmer/innen

Ende Februar hatte der Europäische Verkehrssicherheitsrat ETSC mehr als 60 Vorschläge veröffentlicht, wie gerade schwache Verkehrsteilnehmer/innen zu Fuß oder per Rad unterwegs sind, besser zu schützen wären. Namentlich in ost- und südosteuropäischen Ländern bestehe ein hohes Sicherheitsrisiko, aber auch im restlichen Europa könnten viele Verkehrsunfälle durch bessere Sicherheitsmaßnahmen verhindert werden. Hinzu komme die große Unfallgefahr bei Gefahrguttransportern durch übermüdete Fahrer. (jg) ■

• Weitere Informationen

European Transport Safety Council (ETSC), Jolanda Crettaz, Rue du Cornet 22, B-1040 Brüssel
Tel. 0032 2 / 2304-106, Fax -215
eMail: communication@etsc.be
www.etsc.be

Quellen: www.michael-cramer.de/verkehr/67004.html
www.etsc.be/documents/SEC_Belt_PR.pdf

Mehr Umweltschutz im Flugverkehr

Umweltverbände rufen zu Protestschreiben an EU auf

Da der rasant wachsende Flugverkehr sich zu einer immer größer werdenden Gefahr für die Umwelt und das menschliche Leben entwickelt, rufen Umweltverbände - darunter der DNR - dazu auf, Protestschreiben an EU-Politiker/innen und die Europäische Kommission zu schicken. Wachstumsraten von jährlich vier bis fünf Prozent beim internationalen Luftverkehr machten deutlich, dass es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis der Luftverkehr den Autoverkehr als "Klimakiller Nr. 1" unter den Verkehrsträgern überholt habe.

Immer mehr Menschen würden durch den wachsenden Fluglärm gesundheitlich geschädigt und in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigt. Aufgrund der internationalen Ausrichtung und Verflechtung der Luftverkehrswirtschaft liege der Schlüssel für eine erfolgreiche Eindämmung der Umweltfolgen des Flugverkehrs bei der Europäischen Union.

► Beim VCD und über die Redaktion sind Musterbriefe und Informationsmaterial zum Thema erhältlich. (jg) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland, Helmar Pless, Niebuhrstr. 16 b, 53113 Bonn
Tel. 0228 / 98585-20, Fax -90
eMail: helmar.pless@vcd.org
www.vcd.org

Adressen aller deutschen Abgeordneten und Mitglieder der Ausschüsse des Europäischen Parlaments:
DNR-Sonderheft "Das Europäische Parlament in der 6. Wahlperiode";
Bezug: Kostenloser Internet-Download: www.eu-koordination.de/Publikationen/EP-Sonderheft.pdf
oder als Heft beim DNR (siehe S. 2)

Internetbefragung der EU-Kommission zu Luftverkehr und Klimawandel:
www.europa.eu.int/comm/environment/climat/aviation_de.htm

EU-Kreditgarantien für Infrastrukturprojekte?

Kommission will Privatinvestitionen mit Finanzgarantien ködern

Die Europäische Kommission hat im März vorgeschlagen, dass die EU einen Teil der Kredite für wichtige grenzüberschreitende Verkehrsprojekte garantiert, um private Investitionen in Projekte des so genannten transeuropäischen Netzes zu stimulieren. Das vorgeschlagene Garantievolumen beläuft sich auf 1 Mrd. Euro, was ausreichen würde, Kredite in Höhe von 20 Milliarden zu unterstützen. "Die Kreditgarantie wird helfen, nationale Regierungen und - viel wichtiger - private Investoren zu mobilisieren, um in die Infrastruktur zu investieren, die von strategischer Bedeutung für die europäische Wirtschaft ist", sagte Wirtschaftskommissar Joaquín Almunia.

Die Kreditgarantie werde hauptsächlich dazu beitragen, "dass Private tolle Geschäfte wittern", konterte Jos Dings, der Direktor der Umwelt- und Verkehrsorganisation T&E. "Die Risiken für Privatkapital zu reduzieren ist ein Weg nicht lebensfähige Projekte zu beschleunigen".

Nachhaltige Verkehrspolitik in der EU?

Da einigen sich also hochrangige Politiker/innen auf eine Prioritätenliste für transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-T) und geben dafür jede Menge Geld aus - beziehungsweise lassen es von Mitgliedstaaten und Investoren ausgeben. Es entstehen großformatige Projekte, die wiederum einen ganzen Strauß von neuen Problemen nach sich ziehen (vergessene Anschlussstraßen, Engpässe etc.). Deswegen müssen - meist hinter verschlossenen Türen - irgendwann neue Prioritätenlisten geschrieben werden. Die Lösung der EU heißt: Noch mehr Geld für noch mehr Probleme ausgeben - und dafür auch noch finanzielle Anreize schaffen. Nachhaltige Verkehrspolitik ist etwas ganz anderes. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

• Weitere Informationen

European Federation for Transport and Environment (T&E), Markus Liechti, 1 Rue de la Pépinière, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08
eMail: markus.liechti@t-e.eu
www.europa.eu.int/rapid (Reference IP/05/272)

Eisenbahninfrastruktur: Trotz Gerichtsurteil keine Reaktion

EU-Kommission leitet rechtliche Schritten gegen vier Staaten ein

Nach der Verurteilung Deutschlands, Griechenlands, Luxemburgs und Großbritanniens durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) im Oktober 2004 hat die EU-Kommission nun weitere rechtliche Schritte gegen diese vier Staaten eingeleitet. Die vier Mitgliedstaaten seien dem Urteil des Gerichtshofs nicht nachgekommen und hätten keine nationalen Maßnahmen zur Umsetzung der drei Richtlinien des Eisenbahninfrastruktur-Pakets von 2001 zur Marktöffnung im internationalen Schienengüterverkehr mitgeteilt. Bis zum 15. März 2003 hätten nationale Umsetzungsmaßnahmen für das "erste Eisenbahnpaket" erlassen müssen.

Der für die Verkehrspolitik zuständige Vizepräsident der Kommission Jacques Barrot erklärte: "Die Eisenbahn muss mit dem Straßenverkehr besser konkurrieren können. Wichtig sind ein diskriminierungsfreier Zugang zur Eisenbahninfrastruktur und Transparenz bei der Erhebung von Infrastrukturgebühren."

Die Länder sind zur Stellungnahme aufgefordert worden. Im weiteren Verfahren könnte die EU-Kommission die Staaten vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen. (jg) ■

• Weitere Informationen

Quelle: www.europa.eu.int/rapid (Referenz: IP/05/308)

Kombi-Verkehr: Fördergelder sind wettbewerbskonform

EU-Kommission genehmigt deutsche und belgische Beihilferegungen

Die Kommission hat im März eine deutsche und eine belgische Beihilferegung für den kombinierten Verkehr (Straße/Schiene) genehmigt. Die Kommission ist der Auffassung, dass sich diese Beihilfen mit den Wettbewerbsregeln vereinbaren lassen. Beide Regelungen gelten von 2004 bis 2006.

Deutschland

Die Regelung in Deutschland umfasst ein Budget von 15 Millionen Euro pro Jahr. Ziel ist, durch die Einrichtung neuer Dienste und durch Investitionen in den Technologietransfer den kombinierten Verkehr in Deutschland zu fördern. Das Beihilfeprogramm soll die Einrichtung neuer Dienste des kombinierten Verkehrs unterstützen, durch die der Lkw-Verkehr zurückgehen soll. Außerdem soll es Investitionsbeihilfen für Be- und Entladeeinrichtungen zwischen der Straße und alternativen Verkehrsträgern geben.

Belgien

Die belgische Regelung umfasst ein Dreißig-Millionen-Budget für den gesamten Zeitraum. Die belgische Finanzbeihilfe soll für Umschlag-Infrastrukturanlagen und -Geräte sowie für intermodale Be- und Entladeeinrichtungen gewährt werden. Firmen, die eine Vorstudie zur Verlagerung von der Straße auf den kombinierten Verkehr durchführen, können ebenfalls eine Beihilfe zur Finanzierung dieser Studien erhalten. (jg) ■

• Weitere Informationen

Quellen: www.europa.eu.int/rapid (Referenz: IP/05/312 und IP/05/310)

Newsticker

Neu: Europäisches Großprojekt für die Harmonisierung des Schienenverkehrs

Die Europäische Kommission und Vertreter des Eisenbahnsektors (Industrie, Infrastrukturbetreiber und Bahnunternehmen) haben Mitte März vereinbart, ein Europäisches Eisenbahnverkehrsleitsystem (ERTMS) einzuführen. Nach einer Analyse der gegenwärtigen und potenziellen Kapazität der europäischen Verkehrskorridore soll das System die Sicherheit auf Hochgeschwindigkeits- wie auch konventionellen Strecken verbessern. Von Nebenstrecken und Umweltaspekten war bei der Unterzeichnung nicht die Rede. Der Finanzierung von Studien und Vorhaben im Zusammenhang mit der System-einführung wird im Rahmen der transeuropäischen Netze (TEN) besondere Bedeutung beigemessen: Mehr als vier Milliarden Euro werden es bis 2015 allein für die Hauptverkehrsachsen sein. (jg)
Quelle: www.europa.eu.int/rapid (Referenz: IP/05/321)

"Open Sky": EU führt Verhandlungen über Luftverkehrsabkommen

Die EU-Kommission will bis 2010 einen "gemeinsamen Luftraum" mit den Nachbarländern der Europäischen Union schaffen. Gemeint ist der ökonomische Luftraum, der "Luftverkehrsbinnenmarkt", für dessen Regulierung die Kommission nach den so genannten "Open-Sky"-Urteilen berechtigt ist. Darin war die EU-Zuständigkeit für bestimmte Aspekte internationaler Luftverkehrsabkommen bekräftigt worden. Die Kommission empfahl dem Ministerrat, sie zu Verhandlungen über umfassende Luftverkehrsabkommen mit China und Russland zu ermächtigen, um neue Märkte zu erschließen. Gegenwärtig führt die Kommission Verhandlungen über Luftverkehrsabkommen mit Marokko und den Ländern des westlichen Balkan. Mit Russland soll u. a. über Sicherheits- und Umweltstandards, aber auch über die Sibirienüberflug-Gebühren verhandelt werden. Die EU erhofft sich neue wirtschaftliche Chancen. (jg)

Quelle: www.europa.eu.int/rapid (Referenz: IP/05/288)

■

Verbände: Grundwasser wird nicht ausreichend geschützt

Umweltausschuss garantiert Ausnahmen für Landwirtschaft

Das Europäische Umweltbüro (EEB) als Dachverband sowie die deutschen Verbände BUND, DNR und Grüne Liga haben im März gegen die Annahme eines Berichts zur Grundwasserrichtlinie im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments protestiert. Sie sehen das Vorsorgeprinzip gefährdet, weil der Umweltausschuss für die Landwirtschaft - sofern sie der "guten fachlichen Praxis" genügt - und für Aktivitäten, die nur "kleine Mengen" emittieren, Ausnahmen gestattet.

Weder ist EU-weit definiert, was "gute fachliche Praxis" bedeutet noch sind "kleine Mengen" quantifiziert worden. Nach einer Studie der Europäischen Umweltagentur ist das Grundwasser der meisten europäischen Länder durch Pestizide und Nitrate gefährdet. Vorsorgliche Maßnahmen seien 5- bis 20-mal billiger als nachher aufwändig zu sanieren.

Statt die Landwirtschaft für ein nachhaltiges Wassermanagement in die Pflicht zu nehmen, werde das Ziel bis 2015 einen guten Zustand beim Wasser zu erreichen untergraben, sagte Wasserexperte Stefan Scheuer vom EEB.

Auch Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ungenügend

Ebenso unwahrscheinlich sei die Erreichung des 2015-Zieles, wenn die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in den Mitgliedstaaten weiter so schleppend und unvollständig laufe, kritisierte das EEB in einer Studie. Die große Mehrheit der EU-Länder habe es nicht geschafft, eine konsequente Wasserschutzpolitik zu institutionalisieren. (jg) ■

• Weitere Informationen

DNR-Gesprächskreis Wasser/Grüne Liga Bundeskontaktstelle Wasser, Michael Bender, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33
eMail: wasser@grueneliga.de
www.wrri-info.de

EEB-Studie zur Umsetzung der WRRL:
www.eeb.org/activities/water/making-WFD-work-February05.pdf

Elbe-Anrainer für einheitliche Schutzstrategie

Vier Staaten beschließen gemeinsame Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Eine gemeinsame Strategie zum Schutz der Elbe und zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie haben Deutschland, Österreich, Polen und Tschechien bei der Internationalen Elbe-Ministerkonferenz am 3. März in Dresden beschlossen. Unter anderem soll mit einem Monitoring-Programm der Schadstoffeintrag in die Elbe überwacht werden. Oberstes Ziel, so das deutsche Umweltministerium, sei die Erhaltung und Wiederherstellung der Elbe als natürliche Ressource. Die Vertreter der vier Länder sowie die EU-Kommission sprachen sich auch dafür aus, die Pläne zum Hochwasserschutz umzusetzen.

Ausnahmen für Bebauung in Überschwemmungsgebieten

Der WWF forderte von den Elbe-Anrainern eine konsequentere Umsetzung des "Aktionsplans Hochwasser Elbe". Der 2003 von der internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) verabschiedete Aktionsplan sieht neben Verbesserungen bei Hochwasserinformation und Deichsanieerung den Erhalt und die Ausweitung von Überflutungsflächen vor. Die Elbe habe durch Eindeichungen 85 Prozent ihres ehemaligen Überflutungsraumes verloren, doch die Rückgewinnung von Flächen und die Vorverlegung von Deichen sei der beste Hochwasserschutz, so der WWF.

Dementsprechend enttäuscht zeigte sich der WWF von den vielen Ausnahmemöglichkeiten für das Bauen in Überschwemmungsgebieten im neuen deutschen Hochwasserschutzgesetz. (ks) ■

• Weitere Informationen

WWF Deutschland, Martin Geiger, Leiter Fachbereich Süßwasser, Rebstöcker Str. 55, 60326 Frankfurt
Tel. 069 / 791 44 140
eMail: geiger@wwf.de

Quellen: Environment Daily 3.3.2005,
www.bmu.de/gewaesserschutz/hochwasserschutz/doc/35166.php

EU-Großprojekt untersucht Flussökosysteme

Elbe, Schelde und Llobregat als Modellflüsse

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) verpflichtet alle Staaten, ihre Gewässer bis 2015 in einen "guten ökologischen Zustand" zu bringen. Unter der Leitung des Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ) sollen Wissenschaftler/innen in 13 Ländern nun bis 2010 Methoden entwickeln, mit denen in Flussökosystemen so genannte Schlüsselchemikalien identifiziert werden können, deren Einfluss auf die Gewässerqualität untersucht werden kann. Das Projekt MODELKEY wird modellhaft die Elbe (Tschechien/Deutschland), die Schelde (Belgien/Niederlande) und den Llobregat (Spanien) von der Quelle bis zur Mündung untersuchen.

Defizite bei biologischen Parametern

Während in Deutschland die chemischen Parameter der Richtlinie bereits erfüllt werden, weisen die biologischen Werte noch erhebliche Defizite auf. MODELKEY soll nun die Ursachen hierfür finden. Es sollen Schlüsselschadstoffe gefunden und ihre Wirkung geklärt werden. Dabei soll das komplette Ökosystem betrachtet und nach Antworten auf komplexe Fragestellungen gesucht werden.

Daten sollen nutzbar gemacht werden

Eine weitere Aufgabe des Projektes ist es die großen Datenmengen aus dem Gewässerkontrollprogramm der EU-Mitgliedstaaten in einer zentralen Datenbank zusammenzufassen. Ziel ist es, Computermodelle zu entwickeln die den Behörden Unterstützung bei Entscheidungen bieten. (ks) ■

• Weitere Informationen

Umweltforschungszentrum (UFZ), Dr. Werner Brack, Permoserstraße 15, 04318 Leipzig
Tel. 0341 / 2352656
eMail: werner.brack@ufz.de

www.ufz.de/index.php?de=5366
www.modelkey.org

EU-Meerespolitik künftig mit Öffentlichkeitsbeteiligung

Integrierter politischer Ansatz zum Schutz und Nutzen der Meere geplant

Die EU-Kommission will ihre Strategie zum Schutz und zur Erhaltung der Meere (EUR Sonderteil 02.05) mit Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeiten. Die Konsultation läuft acht Wochen. Der Kommission zufolge sollte die Strategie neben einem Leitbild eine Rahmenrichtlinie beinhalten. Diese soll langfristig zur Einrichtung von Umsetzungsplänen führen. Im Rahmen der Konsultation werden vor allem Beiträge zur Reichweite der Strategie und zu ihren Schwerpunkten gefordert.

Erste Konsultation mit Fragebögen eingeleitet: Einsendeschluss 9.5.2005

► Damit die unterschiedlichen Interessen berücksichtigt werden können, wird bis zum 9.5.2005 eine erste Internetbefragung durchgeführt. Der Fragebogen (nur englisch) kann auf der Internetseite der Europäischen Kommission abgerufen werden.

Weitere Konsultation 2006 geplant

Eine Task Force aus den zuständigen Kommissionsmitgliedern (Unternehmen/Industrie, Verkehr, Umwelt, Regionalpolitik, Forschung und Energie) soll unter dem Vorsitz von Fischereikommissar Joe Borg ein Konsultationspapier zu der künftigen Meerespolitik der EU erarbeiten. Das Task-Force-Dokument soll in der ersten Jahreshälfte 2006 erscheinen und dann ebenfalls der Öffentlichkeit zur Konsultation vorgelegt werden.

Die Europäische Union hat eine Küstenlänge von nahezu 70.000 km. Fast die Hälfte der EU-Bevölkerung lebt weniger als 50 km von der Küste entfernt. In Schiffbau, Häfen, Fischerei und den damit zusammenhängenden Dienstleistungsbranchen sind 2,5 Mio. Menschen beschäftigt. (jg) ■

• Weitere Informationen

www.europa.eu.int/comm/environment/water/consult_marine.htm

Fragebogen:

www.europa.eu.int/comm/environment/water/questionnaire.htm

Quellen: www.europa.eu.int/rapid (Reference: IP/05/231 und Memo/05/72)

Verschmutzung durch Schiffe soll härter bestraft werden

Richtlinienvorschlag führt Straftatbestand ein

Das Europäische Parlament und der Ministerrat haben sich über einen Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Meeresverschmutzung durch Schiffe und über die Einführung von Sanktionen bei Verstößen in einem Kompromiss geeinigt. Dies wird nun nicht mehr nur als Verstoß, sondern als Straftat betrachtet, so dass entsprechende Strafmaßnahmen eingeleitet werden können. Das meldete der Informationsdienst Environment Daily.

Die Richtlinie sieht bei vorsätzlicher, fahrlässiger oder grob fahrlässiger Verschmutzung von Gewässern durch Schadstoffe Strafen bis zu fünf Jahren Gefängnis oder 1,5 Mio. Euro vor. Damit geht die Richtlinie über die Sanktionen des internationalen Rechts der Marpol-Konvention¹ hinaus. Die neue EU-Richtlinie soll für die 12-Seemeilen-Zone an der europäischen Küste sowie für Binnengewässer und Häfen gelten.

Kein Konsens über internationalen Ölverschmutzungs-Fonds

Bemühungen der EU zum geschlossenen Vorgehen bei internationalen Verhandlungen über die Finanzierung eines globalen Fonds für Ölverschmutzungen (Erweiterung des IOPCF²) wurden allerdings in parallelen Diskussionen verhindert. Griechenland, Malta und Zypern wollten nur minimale Änderungen bei der vorgesehenen härteren Bestrafung von Konzernen gegenüber Schiffseignern zulassen, während anderen Staaten die Regelungen nicht weit genug gehen. (ks) ■

• Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 22.02.2005

¹ Internationales, weltweit geltendes Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt durch Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe. Es besteht aus dem Artikelteil, der allgemeine Vorschriften und Begriffsbestimmungen enthält und sechs Anlagen, die bestimmte Teilbereiche der Meeresverschmutzung durch Schiffe regeln.

² International Oil Pollution Compensation Fund

Ostsee-Ökosystem offenbar bereits gekippt

Forscher stellen neue Hypothese auf: Regenerationsfähigkeit zerstört

Das Ökosystem der Ostsee ist wahrscheinlich bereits gekippt. Das ist das Ergebnis von Untersuchungen einer Umweltexpertengruppe der schwedischen Regierung. In der überregionalen Tageszeitung "Göteborgs-Posten" schlugen die Forscher Ende Februar Alarm. Neuesten Erkenntnissen zufolge sei das Meer nicht mehr in der Lage, den Sauerstoffmangel und die Überdüngung zu bewältigen. Schlussfolgerung: "Es dürfte schwerer sein, diesen Zustand zu beheben, als wir bisher geglaubt haben".

Politisches Handeln blieb wirkungslos

Trotz jahrzehntelanger politischer Initiativen und Umweltinvestitionen unter anderem in Kläranlagen sei es nicht gelungen, die schwere Überdüngung der Ostsee zu verringern. Diese erstaunliche Tatsache habe den Anlass für die neue Hypothese gegeben: Der Zustand des Meeres - Überdüngung und Sauerstoffmangel - könnte auch in den Tiefen bereits stabil sein. Untermuert wird die Hypothese durch die Auswertung langfristiger Messdaten.

Schnelle Reaktion gefordert

Das Problem müsse nun auf höchster politischer Ebene auf die Tagesordnung gesetzt und angepackt werden. Die Expertengruppe rief die schwedische Regierung auf, unter Beteiligung aller Ostsee-Anrainerstaaten schnellstens für endgültige Klarheit über den Zustand des Meeres und mögliche Sanierungsmaßnahmen zu sorgen. (du) ■

• Weitere Informationen

Naturvårdsverket (Schwedische Umweltschutzagentur), Lars-Erik Liljelund, Blekholmsterrassen 36, S-106 48 Stockholm
Tel. 0046 / 869810-00
Fax 0046 / 8202925
eMail: natur@naturvardsverket.se

Göteborgs-Posten 22.02.05

www.gp.se/gp/jsp/

[Crosslink.jsp?d=114&a=203108](http://www.gp.se/gp/jsp/Crosslink.jsp?d=114&a=203108)

Europas Küsten: Integriertes Management in Arbeit

Verknüpfung mit anderen Strategien und Richtlinien noch unklar

Bis 2006 sind alle Küstenländer der EU aufgefordert nationale Strategien für ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM; siehe Kasten) zu entwickeln. Die Empfehlungen des EU-Ministerrats und des Europäischen Parlaments von 2002, die aus dem 1996-99 durchgeführten Demonstrationsprogramm erstellt wurden, liefern hierfür konkrete Vorgaben. Für die meisten Länder ist die Bereitstellung eines geeigneten Instrumentariums ein wichtiger Schwerpunkt, um zu einer effektiven Umsetzung von IKZM auf nationaler wie internationaler Ebene (Regionalmeere) zu gelangen. Ein weiterer Schwerpunkt der EU ist die Ausweitung der Meerespolitik und die Erarbeitung einer marinen Strategie, wobei jedoch die Zusammenführung von Küsten- und Meerespolitik innerhalb der EU sowie die Verknüpfung zwischen der IKZM und der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRRL) bisher offen sind.

Bedeutung für Deutschland

In Deutschland haben im vergangenen Jahr Arbeiten zu einer nationalen Strategie im IKZM begonnen. Erste politische Ergebnisse werden im Herbst dieses Jahres erwartet. Hierzulande ist die IKZM-Debatte derzeit stark von potenziellen Nutzungskonflikten in der AWZ¹ und der Frage nach einer Raumordnung auf dem Meer geprägt.

Regenerative Energien durch Offshore-Windparks fördern?

So steht die Frage offen, inwieweit regenerative Energien durch Offshore-Windparks gefördert werden können, ohne dass dabei die Interessen anderer Nutzergruppen außer Acht gelassen werden. Hier müssen Wahrnehmungen und Wertvorstellungen eines breiten Spektrums von Akteuren hinterfragt werden, um im Sinne der Nachhaltigkeit agieren zu können. Eine wichtige Rolle spielt gleichzeitig der Auf- und Ausbau von Kooperationsmustern auf der vertikalen wie horizontalen Ebene - zwischen Bund und Ländern ebenso wie zwischen den regionalen und lokalen Strukturen.

Nachhaltiges IKZM bedeutet Unterstützung und Beteiligung möglichst aller relevanten Institutionen: Die Gestaltung von Governance-Strukturen ist damit ein wesentlicher Punkt jedweder Überlegungen zu IKZM.

IKZM im Einklang mit der deutschen Raumordnung?

In Deutschland herrscht Konsens darüber, dass die Raumordnung ein wichtiges Instrument in der Umsetzung von IKZM darstellt. Dazu liegt bereits eine Bestandsaufnahme vor, die die aktuellen Raumnutzungen sowie auch die Zuständigkeiten und informellen Strukturen an Nord- und Ostsee beschreibt.

Problematisch ist jedoch die Definition des Küstenraums und damit die Grenzziehung eines IKZM. So bedeutet das Problem der Eutrophierung, landwärts vollständige Flusseinzugsgebiete in das IKZM mit einzubeziehen (wie es auch bei der EU-WRRRL geschieht). Die seewärtige Grenze zwischen Küstengewässer und Ozean wird zumeist als die Schelfgrenze² definiert - auf Deutschland bezogen zieht dies die AWZ mit ein. IKZM überschreitet die Grenze von Land zu Meer und umfasst sowohl landseitige Entwicklungen wie auch seewärtige. Die Ausweitung der Raumordnungskompetenzen der Länder auf die 12-Seemeilen-Zone und die Verantwortung des Bundes für eine Raumordnung in der AWZ sind erste Schritte hin zu einer integrierten Betrachtung von Küste und Meer.

Deutscher Föderalismus als Problem

IKZM erfordert Zusammenarbeit und Kommunikation, denn die am natürlichen System und seinen Prozessen orientierte Betrachtung entspricht nicht den administrativen Grenzen und Zuständigkeiten. Die föderalen Strukturen in Deutschland stellen hierbei eine besondere Herausforderung dar. Welche Erfahrungen liegen hier aus anderen EU-Ländern vor?

Ansätze in Polen und Großbritannien

Eine Betrachtung der europäischen Nachbarländer bestätigt die Komplexität der Anforderungen an ein IKZM: Während in Großbritannien IKZM planungstechnisch an das Umweltministerium angebunden ist, hat in Polen das Infrastrukturministerium, Abteilung Raumordnung, die Feder-

Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM)

Die Europäische Union definiert Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) als dynamischen, kontinuierlichen und iterativen Prozess, durch den Entscheidungen für eine nachhaltige Nutzung, Entwicklung und den Schutz der Küsten einschließlich ihrer Ressourcen getroffen werden. Grundlage bildet eine systemorientierte Perspektive auf den Küstenraum, die ökologische wie menschliche Systeme betrachtet und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Küstennutzungen und dem Ökosystem in den Mittelpunkt rücken.

führung für IKZM inne. Nach eigenem Verständnis wird IKZM in Polen bereits angewendet, das Papier zu einer nationalen Strategie ist jedoch noch in der Entwicklung. In Großbritannien hat die Bestandsaufnahme ergeben, dass sich IKZM gerade auf der lokalen Ebene als ein starkes Instrument erweisen könnte. Wie auch in Deutschland liegt der gegenwärtige Fokus auf den seewärtigen Strukturen und Fragen der Offshore-Raumplanung.

Adäquate Zuordnung bleibt nicht zu unterschätzende Herausforderung

Ein Gesamtüberblick über die Herausforderungen in allen drei Ländern zeigt jedoch auch auf, dass IKZM so früh als möglich mit einem Institutionalisiertemodus unterlegt werden sollte, um es auf einer breiten Ebene vorantreiben zu können. Angesichts der Frage nach einer adäquaten Ebene der Zuordnung der Thematik erweist sich dies jedoch als nicht zu unterschätzendes Problem. ■

Gastautor/innen: Kira Gee, Dennis Eucker, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

• Weitere Informationen

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Kira Gee und Dennis Eucker, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin
Tel. 030 / 25491-296
eMail: gee@wz-berlin.de

¹ Ausschließliche Wirtschaftszone, 200-Seemeilen-Zone

² Schelf: Kontinentalsockel; küstennaher Meeresboden bis 200 m unter dem Meeresspiegel

Ostsee mit Tabuzonen für Großtanker

Anrainerstaaten bestätigen hochrangigen PSSA-Schutzstatus

Die Ostsee behält ihren UN-Schutzstatus als "Besonders Empfindliches Meeresgebiet" (PSSA)¹. Möglich wurde dies durch die Einigung der Ostsee-Anrainerstaaten auf konkrete Schutzmaßnahmen für die Ostsee als Konkretisierung des im April 2004 "im Prinzip" verabschiedeten PSSA-Status.

WWF begrüßt Entscheidung

Die Høburs Bank bei Gotland soll als eines der ersten Offshore-Schutzgebiete der Ostsee als Tabuzone für Großtanker ausgewiesen werden. Das begrüßt WWF-Meeresschutzexperte Stephan Lutter. Ein weiterer wichtiger Fortschritt besteht nach Ansicht des WWF darin, nördlich von Rügen ein Verkehrstrennungsgebiet einzurichten, das die Schifffahrt sicherer koordinierbar machen soll. Analog zur Verkehrsführung auf einer Autobahn erhalten die Kapitäne klare Richtungsvorgaben, so dass Kollisionen verhindert werden können.

Internationale Schifffahrtsorganisation muss noch zustimmen

Die International Maritime Organisation (IMO) muss das Anfang März eingereichte Regelwerk auf ihrer Sitzung am 6. Juni dieses Jahres mit einer Dreiviertelmehrheit annehmen, damit es in Kraft treten kann. Damit würde der PSSA-Schutzstatus von einer vorläufigen in eine verbindliche und dauerhafte Regelung überführt. Die verabschiedeten Maßnahmen gelten dann für alle in der Ostsee verkehrenden Schiffe. (du) ■

• Weitere Informationen

WWF, Stephan Lutter, Referent für Internationalen Meeresschutz, Am Güt-pohl 11, 28757 Bremen
Tel. 0421 / 65846-22, Fax -12
eMail: lutter@wwf.de
www.wwf.de/regionen/deutschland/ostsee_meeresschutz

International Maritime Organization (IMO), London
Tel. 0044 20 / 77357611
www.imo.org

EU-Kommission schlägt neue Fischereivorschriften vor

Grund: EU tritt aus Ostsee-Fischereikommission aus

Die Europäische Kommission hat Mitte März einen Vorschlag zur Vereinfachung und Harmonisierung der Fischereivorschriften für die Ostsee vorgelegt. Bisher wurde die Fischerei in dieser Region von der Internationalen Ostsee-Fischereikommission (IBSFC) geregelt, die nach der EU-Erweiterung im Mai letzten Jahres praktisch nur noch aus zwei Mitgliedern besteht: der EU und Russland. Derzeit wird der Austritt vorbereitet. Die Kommission schlägt daher vor einfachere und einheitlichere Vorschriften einzuführen, wo immer dies möglich ist.

Vorschläge der Kommission

Die Europäische Kommission schlägt unter anderem Folgendes vor:

- Beseitigung "nicht notwendiger" Vorschriften;
- Verringerung der Kategorien der Fanggeräte und Maschenöffnungen;
- Weitestgehende Harmonisierung von zeitweiligen Schließungen und Mindestanlandegrößen;
- Erleichterung der Anwendung und Kontrolle schonender Netze;
- Einrichtung eines vereinfachten Verfahrens, das den Mitgliedstaaten ermöglicht, zusätzliche Maßnahmen für Schiffe unter ihrer Flagge einzuführen;
- Verpflichtende Probeentnahme bei Anlandung unsortierter Fänge bestimmter Fischarten.

Die vorgeschlagene Verordnung würde ab 1. Januar 2006 gelten, wenn die EU nicht mehr an die Vorschriften der IBSFC gebunden ist. Russland soll in Zukunft nur noch im Rahmen von bilateralen Verhandlungen konsultiert werden. (du) ■

• Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Fischerei, Referat Kommunikation und Information, B-1049 Brüssel
Fax 0032 2 / 2993040
www.europa.eu.int/comm/fisheries/doc_et_publ/pub_de.htm#tac

¹ Siehe EUR 05.04, S. 41 sowie www.imo.org

Veröffentlichungen

Newsletter EU und Privatisierung

Der neue Newsletter der Globalisierungskritiker/innen von Attac widmet sich ganz dem Thema EU und Privatisierung. Unter anderem schreiben Winfried Wolf zur EU-Bahnpolitik und Nik Geiler zur Privatisierung von Wasser. Aber auch von Widerstand und Alternativen wird berichtet. (jg)

Attac-Newsletter 8: EU und Privatisierung
www.attac.de/eu-ag/og_ausgabe.php?id=194

Alarmierende Studie: Vergiftungen durch Pestizide

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany) hat Erkenntnisse zu den weltweiten Pestizid-Vergiftungen aus einer eigenen Studie mit aktuellen Daten aus weiteren Studien zusammengefasst. Danach erleiden mehrere Millionen Menschen jährlich Vergiftungen durch Pestizide. Die geschätzten Zahlen stiegen in den letzten Jahren stetig an. Besonders betroffen sind die Entwicklungsländer. Da die Dunkelziffer sehr hoch ist, liegen keine gesicherten Daten vor. PAN Germany sieht dringenden Handlungsbedarf. (ks)

"Vergiftungen durch Pestizide", Hrsg./Bezug: PAN, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. 040 / 39-919100, Fax -07520, eMail: info@pan-germany.org; Internet-Download: www.pan-germany.org/download/fs-vergiftungen.pdf
 Weitere "Fact Sheets" von PAN Germany in Englisch zu den Themen "Paraquat" und "Pestizideinsatz in Osteuropa":
www.pan-germany.org/info/wirkstoffe.htm
www.pan-germany.org/info/osteuropa.htm

"Ökologischer Fußabdruck" im Bereich Wasser: Neuer Bericht

Das UNESCO Institute for Water Education (IHE) hat zusammen mit anderen in der Vereinigung "Water footprint" zusammengeschlossenen Organisationen einen neuen Bericht "Water Footprints of Nations" veröffentlicht. Der englischsprachige Bericht enthält u.a. eine zusammenfassende Bewertung des Wasserverbrauchs für Konsumgüter, den durchschnittlichen Wasserverbrauch der Menschen je nach Land und virtuelle Wasserflüsse zwischen den Ländern sowie den Wasserimport je nach Land. Einige Fakten: Zur Produktion von 1 kg Rindfleisch werden 16.000 l

Wasser benötigt, für eine Tasse Kaffee 140 l. China hat einen Pro-Kopf-Verbrauch von 1,9 m³ am Tag, wobei 7 % außerhalb des Landes stattfinden; Japan kommt auf 3,1 m³, davon 65 % außerhalb des Landes; US-Bürger verbrauchen täglich 6,8 m³ Wasser. (jg)

A. K. Chapagain, A. Y. Hoekstra: Water footprints of nations, Value of Water Research Report Ser. 16, 2004; Hrsg.: UNESCO-IHE Institute for Water Education, P.O. Box 3015, NL-2601 DA Delft, Tel. 0031 15 / 215-1715, Fax -2921, www.unesco-ihe.org

Bericht (2,5 MB), Anhänge (1,4 MB):
www.waterfootprint.org/Reports/Report16Vol1.pdf
www.waterfootprint.org/Reports/Report16Vol2.pdf

UBA-Strategiekonzept: 21 Thesen für mehr Klimaschutz

Das deutsche Umweltbundesamt hat im Februar Thesen zur Klimaschutzpolitik vorgelegt. Die Broschüre mit dem Titel enthält Empfehlungen zum Umgang mit dem Klimawandel und welchen Beitrag deutsche Politik leisten sollte. Ökologische Landwirtschaft, Verkehrs- und Energiewende werden ebenso propagiert wie ökologische Finanzreform und Einbeziehung der Entwicklungsländer. Um dramatische Schäden durch den Klimawandel zu vermeiden, müsse der Temperaturanstieg dauerhaft auf 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden. Die vorgeschlagenen Klimaschutzmaßnahmen seien volkswirtschaftlich tragfähig und basierten auf der Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz. (jg)

"Die Zukunft in unseren Händen - 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik für das 21. Jahrhundert", Hrsg./Bezug: UBA, PF 330022, 14191 Berlin, Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285; Internet-Download: www.uba.de/klimaschutz/download/thesenpapier.pdf

EU-Studie: Technologien zur Steuerung von Industrieverschmutzung

Die EU-Kommission hat die Ergebnisse einer breit angelegten Studie über neue Technologien und Methoden zur Steuerung von Industrieverschmutzung veröffentlicht. Ausgewählte Techniken und Methoden zusammen genommen könnten

bis 2020 einen "bemerkenswerten Einfluss" auf die Emission von Stickoxiden, Schwefeloxiden, flüchtige organische Verbindungen (VOCs) und ultrafeine Rußpartikel (PM_{2,5}) haben, in manchen Ländern mehr als 5 %. Die Studie gehört zum CAFE-Programm der EU für saubere Luft, das Einfluss auf die für dieses Jahr geplante thematische Strategie zur Luftqualität haben wird. (jg)

Internet-Download: www.europa.eu.int/comm/environment/air/cale/activities/emerg_tech_final_report_05_02_11.pdf

Süßwasserökosysteme und internationales Recht

Das Umweltrechtsprogramm der Weltnaturschutzunion IUCN hat Ende 2004 den ersten Band über den Schutz von Süßwasserökosystemen durch internationale Regierungsmaßnahmen veröffentlicht. In Band 55 der IUCN-Rechts-Reihe werden sämtliche vorhandenen Regelungsmechanismen beschrieben. Sowohl globale als auch regionale Abkommen (Afrika, Nord- und Südamerika, Asien, Europa) werden beachtet. Es wird in Fließgewässer und Stillgewässer unterschieden. Wer wann wo und zu welchem Zweck das Abkommen unterschrieben hat, ist ebenso beschrieben wie das geographisch abgedeckte Gebiet und weitere Details. (jg)

"International Water Governance: Conservation of Freshwater Ecosystems. Vol. I International Agreements, Compilation and Analysis", 340 S.; Hrsg./Bezug: IUCN Publications Services, 219c Huntington Road, Cambridge, GB - CB3 0DL, Tel. 0044 1223 / 277-894, Fax -175, eMail: info@books.iucn.org
www.iucn.org/bookstore (Bestellseite);
 Internet-Download: www.iucn.org/themes/law/pdfdocuments/EPLP55EN.pdf
 Weitere Informationen: IUCN-Umweltrechtsprogramm, Godesberger Allee 108-112, 53175 Bonn, Tel. 0228 / 26922-31, eMail: elcsecretariat@iucn.org, www.iucn.org/themes/law

Indikatoren für Biodiversität: BINU-Zwischenbericht

Eine 20-seitige Broschüre fasst die Erfahrungen des BINU-Projekts (Biodiversity Indicators for National Use) bei der Entwicklung von Biodiversitätsindikatoren zusammen. Übergreifendes Ziel des Projektes: Biodiversitäts-Indikatoren auf natio-

ner Ebene zu operationalisieren, um Planung und Entscheidungsfindung der vier teilnehmenden Länder (Kenia, Ecuador, Ukraine, Philippinen) zu vereinfachen. Das GEF¹-geförderte Projekt soll auch Hilfestellung für andere Länder bei der Entwicklung von Biodiversitätsindikatoren nach der Konvention für Biologische Vielfalt (CBD) leisten. Der Abschlussbericht soll in der zweiten Hälfte dieses Jahres veröffentlicht werden. (jg)

Internet-Download: www.unep-wcmc.org/information_services/publications/BINU/Experience_and_Guidance.pdf

Ökologische Wunde(r)punkte der Erde

Unter dem Titel "Hotspots Revisited" hat ein Autorenteam fünf Jahre nach dem ersten Buch mit gleichem Titel die an Biodiversität reichsten Orte der Welt zum zweiten Mal besucht. Statt 25 (1999) sind nun 34 Orte besucht worden: Hier leben auf nur 2,3 % der Erdoberfläche 75 % der am meisten bedrohten Säugetiere, Vögel und Amphibien der Welt. Reich an Fotos und Daten, verweist das Werk auf die Rolle zur Erhaltung der Biodiversität, die die "Hotspots" spielen. (jg)

Hotspots Revisited: Earth's Biologically Richest and Most Endangered Terrestrial Ecoregions, ISBN 9686397779, 65,- US\$; Hrsg./Bezug: Conservation International, 1919 M Street NW, Suite 600, Washington, DC 20036 USA, Tel. 001 202 912-1208, Fax -1026, eMail: j.lucena@conservation.org



Aktiv werden

Fotowettbewerb Ernährung und Landwirtschaft bis 15.4.

► Einen europaweiten digitalen Fotowettbewerb hat der WWF zusammen mit der Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission ausgeschrieben. Bis zum 15. April können Profis und Amateur/innen bis zu drei digitale Fotos einsenden. Das Motto lautet "Dein Blick auf Ernährung und Landwirtschaft". Die Fotos müssen in Europa aufgenommen sein. Die Motive können sowohl positive als auch negative Darstellungen von Landwirtschaft zeigen und sollen eine "Umweltbotschaft" enthalten. (jg)

WWF-Europabüro, Elizabeth Guttenstein, Avenue de Tervuren 36, B12, B-1040 Brüssel, Tel. 0032 2 / 74-00924, Fax -38819, eMail: eguttenstein@wwfepo.org

Freie Enzyklopädie kann durch EU-Umweltthemen ergänzt werden

► "Wikipedia" ist eine Enzyklopädie in mehr als 50 Sprachen, die von Freiwilligen auf der ganzen Welt aufgebaut worden ist und ständig ergänzt wird. Ihre Inhalte dürfen dauerhaft frei kopiert und verbreitet werden. Das EU-Portal enthält Informationen zu Organen, Institutionen, Geschichte, Mitgliedsstaaten u. a. Ausdrücklich erwünscht sind Ergänzungen gerade auch zu Umwelt-Themen - die bislang noch deutlich unterrepräsentiert sind. Für die Teilnahme sind weder technische Vorkenntnisse noch eine formale Anmeldung erforderlich. (mb)

http://de.wikipedia.org/wiki/Portal_Europäische_Union



¹ Die Global Environment Facility (GEF, Globale Umweltfazilität) wurde 1991 ins Leben gerufen. Sie soll internationale Zusammenarbeit und Finanzströme gegen vier große Herausforderungen bündeln: Verlust der Artenvielfalt, Klimawandel, Meeresverschmutzung, Abbau der Ozonschicht.

Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an juliane.gruening@dnr.de mailen.

Diese Termine im Internet:
www.dnr.de/termine
(aktueller und oft auch ausführlicher)

Weitere Termine im Internet:
www.dnr.de/terminlinks
(siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

April

6.-8.4., Cambridge (Großbritannien)
Recycling und sein Nutzen - Schlüssel zu einer nachhaltigen Zukunft
Konferenz; Cambridge University, Centre of International Studies, Grazia Cioci
Tel. 0044 1223 7672-50, Fax -37
gcioci@chgcam.co.uk

9.4., Köln
Großstädte in der Europäischen Union
Kongress; Die Grünen im Europäischen Parlament, Heide Ruehle, MdEP, Brüssel
Tel. 00322 / 284-5609, Fax -9609
hruehle@europar.eu.int
www.heide-ruehle.de

9.-16.4., weltweit
Aktionswoche für Globale Gerechtigkeit
Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne, Antje Schultheis, Bonn
Tel. 0228-3681010, Fax -92399356
info@gerechtigkeit-jetzt.de
www.gerechtigkeit-jetzt.de

11.-22.4., New York
Water, Sanitation and Human Settlements (CSD13)
Politische Sitzung; Kommission für Nachhaltige Entwicklung, Federica Pietracci, Major Groups Programme Coordinator, UN DSD/DESA
Tel. 001212 / 963-2803, Fax -4260
pietracci@un.org
www.un.org/esa/sustdev/csd/csd13/csd13.htm

14.-17.4., Berlin
Internationaler Jugendkongress Eco'n'action
BUNDjugend, Berlin
Tel. 030 / 275865-85, Fax -5
econauten@econautix.de
www.eco-n-action.de

Mai

18.-20.5., Berlin
Umweltbildung - Erneuerbare Energien für Kinder und Jugendliche
Internationaler Workshop; Unabhängiges Institut für Umweltfragen, Meike Rathgeber
Tel. 030 / 428-49933, Fax -00485
meike.rathgeber@ufu.de
www.ufu.de

22.-26.5., Lille (Frankreich)
Daseinsberechtigung von Umwelttoxikologie und Chemie in einer sich verändernden Welt
Konferenz; Gesellschaft für Umwelttoxikologie und Chemie (SETAC), Brüssel
Tel. 0032 2 / 77-27281, Fax -05386
setac@setaceu.org
<http://ibase530.eunet.be/lille>

24./25.5., Luxemburg
13. Internationale Jahrestagung des Klima-Bündnis/Alianza del Clima
Klima-Bündnis/Alianza del Clima e. V., European Secretariat
Tel. 069 / 717139-0, Fax -93
europa@klimabuendnis.org
www.klimabuendnis.org

Juni

12.-17.6., Prag
7. International Acid Rain Conference
Kongressbüro Acid Rain 2005, Prag
Tel. 004202414-125189, Fax -08222
infocom@infocom.cz
www.acidrain2005.cz

25.-27.5., Nijmegen (Niederlande)
Flut: Von der Abwehr zum präventiven Management
Internationales Symposium
www.isfd3.nl

Juli

17.7., Otterndorf/Grünstrand
2. Internationaler Elbebadetag
Stadt Otterndorf; Deutsche Umwelthilfe, Ines Wittig, Projektbüro Köthen/Elbe
Tel. 03496 / 2100-09, Fax -08
lebendigeelbe@duh.de
www.elbebadetag.de

18.-22.7., Budapest
Zu autofreien Städten
Konferenz: World Carfree Network, Maria Somodi, Clean Air Action Group
Tel. 00361 / 4110510
somodi@levego.hu
www.worldcarfree.net

23.-31.7., Barby/Elbe
Internationales Elbe-Saale-Camp
Maria Nitschke, ÖZIM, Magdeburg
Tel. 0391 / 73-627981, Fax -15982
camp2005@elbe-saale-buendnis.net
www.netzwerk-flusslandschaften.de

26.-29.7., Aichi (Japan)
Kinderweltgipfel für die Umwelt 2005
Japan Organizing Committee (JOC)
Tel. 008152-9546238, Fax -9614901
info@children-summit.jp
www.children-summit.jp

August

21.-27.8., Stockholm/weltweit
World Water Week - Weltwasserwoche
Stockholm International Water Institute
Tel. 00468 / 52213960
sympos@siwi.org
www.worldwaterweek.org

September

22.9., weltweit
I walk to school - Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten
Aktionstag; FUSS e. V., Berlin
Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
info@fuss-ev.de
www.zufusszurschule.de
www.iwalktoschool.org

Oktober

17.-21.10., Paris
14. Europäische Biomasse-Konferenz
Kongress und Messe; ETA, Florenz
Tel. 0039 055-5002174, Fax -573425
eta.fi@etaflorence.it
www.conference-biomass.com

25.-27.10., Trondheim (Norwegen)
Nordische Bioenergie-Konferenz 2005
Norwegian Bioenergy Association, Oslo
Tel. 004723 / 36587-0, Fax -9
post@nobio.no
www.bioenergy2005.no
(db, jg) ■

EU-Ministerrats-Sitzungen

Luxemburgische Ratspräsidentschaft 1. Halbjahr 2005

Januar

18.	Wirtschaft/Finanzen
24.	Landwirtschaft/Fischerei
27.-29.	Justiz/Inneres*
31.	Außenpolitik

Februar

14./15.	Entwicklung*
17.	Wirtschaft/Finanzen
21./22.	Außenpolitik
22.	Erziehung/Jugend/Kultur
24.	Justiz/Inneres
28.	Landwirtschaft/Fischerei

März

3./4.	Beschäftigung/Soziales/ Gesundheit/Verbraucher
7./8.	Wettbewerb
8.	Wirtschaft/Finanzen
10.	Umwelt
14.	Landwirtschaft/Fischerei
16./17.	Außenpolitik
18./19.	Verteidigung*

April

7./9.	Arbeit/Beschäftigung*; Gesundheit/Verbraucher*
12.	Wirtschaft/Finanzen
14.	Justiz/Inneres
15./16.	Außenpolitik (Gymnich)*
17.	Wettbewerb*
24.	Außenhandel*

Mai

8.-11.	Landwirtschaft*
13./14.	ECOFIN (Wirtschaft/Finanzen)*

Juni

7./8.	Öffentliche Verwaltung*
15.-17.	Raumplanung/-entwicklung*
26.-28.	Kultur*

Juli

1.	Beginn der EU-Ratspräsidentschaft Großbritanniens
----	---

* informell

(db) ■

• Weitere Informationen

Siehe Spalte rechts.

Plenarwochen des Europäischen Parlaments

26./27.1.*
21.-24.2.
7.-10.3.
11.-14.4.
9.-12.5.
6.-9.6.

* in Brüssel (sonst in Straßburg)
(db) ■

• Weitere Informationen

www.europa-digital.de/aktuell/kalender

Wochenkalender ("Diese Woche in Brüssel"):
www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau

Luxemburgische Ratspräsidentschaft:
www.eu2005.lu/en

Luxemburgische Regierung (frz.):
www.gouvernement.lu

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen:
DNR, EU-Koordination, Nika Greger,
Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,
10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-86
eMail: nika.greger@dnr.de
www.eu-koordination.de

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:
http://www.db.europarl.eu.int/ep/owa/p_calses.plenary?ilg=DE

Verweise auf frühere Ausgaben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. "EUR 06.04" als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens im Jahr 2004. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechts) sind ähnlich gehalten, z. B. "DRB 11.03". Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich: www.dnr.de, "Publikationen", "EUR online", "Bisherige Ausgaben".

Tagesaktuell informiert per eMail

www.dnr.de/infoservice

Für Rundschreiben-Abonent/innen und Fachleute aus DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Weiterleitungen zur EU-Umweltpolitik und weiteren Themen in deutscher Sprache an. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellformular unter der oben angegebenen Internetadresse.

EU-Rundschreiben im Internet

www.dnr.de/eur

heißt die Internetseite des EU-Rundschreibens. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)

EU-Koordination des DNR im Internet

www.eu-koordination.de

ist die neue Internetseite der EU-Koordination des DNR. Hier finden Sie ein EUR-Themenarchiv, Informationen über die laufenden und abgeschlossenen Projekte sowie Verzeichnisse von Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen - alles übersichtlich nach den verschiedenen EU-Umwelthemen gegliedert.

Deutschland-Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR - teils auch mit EU- und internationalem Bezug, etwa bei der Umsetzung von EU-Richtlinien oder internationalen Abkommen. Wir senden Ihnen gern ein kostenloses Probeexemplar zu. Probelesen und Archiv im Internet: www.dnr.de/dr

Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung

Weitere Beiträge zur internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem entwicklungspolitischen Dachverband Venro. Wir senden gern ein kostenloses Probeheft. Probelesen und Archiv im Internet: www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

EUR-Abo

Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

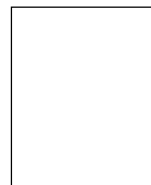
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:
Bankleitzahl:
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion EU-Rundschreiben
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin